Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 45. Dienstag, den 5. Juni 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **1. Juni 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl, des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Haßfurther hat um einen Urlaub vom 5. Juni bis 3. Juli angesucht, Herr Gem.-Rath Witzelsberger um einen Urlaub vom 5. Juni bis 5. Juli, Herr Gem.-Rath Herold um einen Urlaub in der Dauer von vier Wochen.

Diese Urlaube wurden bewilligt.

2. Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck hat sein Ausbleiben von der letzten Sitzung, in welcher die Stadtrathswahl vorgenommen wurde, unter Hinweis auf die bereits angegebenen Gründe entschuldigt; er hat nun rechtzeitig innerhalb der von ihm angegebenen Frist einen schriftlichen Nachweis über die Richtigkeit der von ihm angeführten Entschuldigungsgründe nachgebracht und ich glaube, die Versammlung ist einverstanden, dass sein Ausbleiben als entschuldigt angesehen wird? (Nach einer Pause:) Die Versammlung ist einverstanden.

3. Herr Gem.-Rath Kaspar hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, welche sich auf die Tramwaylinie von Weinhaus über Gersthof bis zum Pötzleinsdorfer Badhause bezieht. Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen:

Auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 11. Juli 1893, Z. 1866, wurde an die Statthalterei die dringende Bitte gerichtet, mit dem ganzen Gewichte ihres Einflusses die Herstellung mehrerer näher bezeichneter Tramwaylinien — darunter auch die Verlängerung der Linie „Weinhaus" über Gersthof nach Pötzleinsdorf — fördern zu wollen.

Die bezüglichen Verhandlungen mit der Gesellschaft sind noch nicht abgeschlossen.

Inzwischen hat das in Angelegenheit der Anlage elektrischer Bahnen eingesetzte Comité des Stadtrathes seine Thätigkeit begonnen und es wird bei Festsetzung des Programmes für den Bau elektrischer Bahnen auch auf die in Rede stehende Strecke Bedacht genommen werden.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes:

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

4. Resolution.

Die am 25. Mai 1894 tagende Jahresversammlung des Fortschrittsclub des II. Bezirkes in Wien begrüßt den von Herrn Dr. Daum eingebrachten Antrag:

„Es möge seitens der Gemeinde Wien das 50jährige Jubiläum der Regierung unseres Kaisers durch Errichtung eines Volkspalastes gefeiert werden",

auf das wärmste und spricht die zuversichtliche Erwartung aus, dass dieser schöne und der regsten Theilnahme werte Plan durch den Stadtrath und Gemeinderath der Stadt Wien ohne Zögern Verwirklichung finden werde.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

5. Interpellation der **Gem.-Räthe Kreindl** und **v. Götz:**

Wiederholt wurden schon Anträge wegen Bestellung von Flurwächtern in den äußeren Bezirken, darunter auch einer von mir eingebracht. Nachdem bis jetzt noch kein diesbezügliches Referat erstattet wurde, so erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten,

in welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet?

Bürgermeister: Der Act ist, wie ich schon vor einiger Zeit die Ehre hatte mitzutheilen, gegenwärtig beim Ministerium des

Innern infolge eines Recurses, welchen die Gemeinde gegen die diesfällige Statthalterei-Entscheidung ergriffen hat. Es ist zu erwarten, dass die Erledigung des Ministeriums bald erfolgen wird, und je nach Ausfall dieser Entscheidung wird der Stadtrath zu der angeregten Frage Stellung nehmen. Ich zweifle nicht, dass diese Angelegenheit demnächst zur Erledigung wird gebracht werden können.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes K. J. Müller:**

In dem Journale „Wiener Tagblatt" vom 29. d. M. ist folgende Notiz unter „Communalbericht" enthalten:

„Ein Process der Commune um 2 fl. 50 kr. Als die im städtischen Versorgungshause untergebrachte Pfründnerin Anna Dienstel im Jahre 1890 daselbst starb, fand man zur allgemeinen Überraschung in ihrem Strohsacke ein Sparcassabuch mit 2000 fl. Einlage. Da sie erwiesenermaßen dieses Sparcassabuch schon beim Eintritte in das Versorgungshaus besessen hatte, klagte die Commune Wien die Erben auf Ersatz der Verpflegskosten im Betrage von 750 fl., welche Summe ihr auch zuerkannt wurde. Zur Behebung des Betrages wurde jedoch der Commune die Erbringung eines Urtheilsstempels von 2 fl. 50 kr. aufgetragen, allein die Commune hielt sich hiezu nicht verpflichtet, verweigerte den Stempelerlag und führte der 2 fl. 50 kr. wegen einen Process, in welchem sie unterlag und beim Verwaltungsgerichtshofe Beschwerde führte. Gestern fand hierüber unter Vorsitz des Vicepräsidenten Freih. v. Lemayer die Verhandlung statt. Stadtanwalt Dr. Schmitt machte namens der Commune Gebührenfreiheit geltend, da es sich um eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit handle. Der Verwaltungsgerichtshof wies die Beschwerde der Commune als unbegründet ab, da die 2 fl. 50 kr. nichts anderes als eine Urtheilsgebür seien."

Ich erlaube mir, an den Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage zu stellen,

ob dies seine Richtigkeit hat, und wenn ja, wie viel Kosten, d. h. welche Summe dieser Process der Gemeinde kostete, und ob es nicht besser wäre, in Zukunft derartige Processe ganz zu unterlassen?

Bürgermeister: Diese Interpellation werde ich die Ehre haben, in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

7. Anfrage des **Gem.-Rathes Tomola:**

Durch Zeitungsnachrichten wurden in den letzten Tagen auch außer dem Bezirke stehende Kreise darauf aufmerksam gemacht, wie durch die Verbauung des bei der Währingerlinie bestandenen Kinderparkes, ferner des sogenannten Bacchusgartens und des großen Gartens, Ecke der Martinsstraße und Schulgasse, der Bezirk Währing alle grünen Plätze verliert. Da die Verbauung dieser Luftreservoirs sicherlich nicht geeignet ist, den Bezirk zu verschönern oder die gesundheitlichen Existenzbedingungen seiner Bewohner zu verbessern, so tritt an eine fürsorgliche Communalverwaltung von selbst die Nothwendigkeit heran, nach Plätzen für öffentliche Anlagen inmitten der Häuserblöcke des Bezirkes Umschau zu halten.

Dabei wird wohl von allen Seiten zunächst der Strafhausgarten in Weinhaus und vielleicht auch der Park des Fürsten Czartoryski ins Auge gefasst werden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser ganzen Angelegenheit erlaubt sich der Gefertigte den Herrn Bürgermeister zu bitten, derselbe möge, soweit ihm dies für den gedeihlichen Fortgang der bezüglichen Verhandlungen thunlich erscheint, nachfolgende Anfrage beantworten:

1. In welchem Stadium befinden sich die Verhandlungen der Commune Wien mit dem n.-ö. Landesausschusse in Betreff des Ankaufes der oberwähnten Strafhausrealität?

2. Besteht die Absicht, einen Theil dieses zu erwerbenden Grundcomplexes in öffentliche Anlagen unzuwandeln?

Bürgermeister: Wird in den nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Herrdegen:**

Seit längerer Zeit ist der Auslaufbrunnen auf der Mariahilferstraße, welcher sich nächst der Kasernengasse befindet, abgesperrt, was für die zwischen der Kasernen- und Eszterházygasse aufgestellten Fiaker einen großen Übelstand bildet, nachdem sie das zur Tränkung ihrer Pferde nothwendige Wasser von dem entfernten, an der Ecke der Amerlingstraße befindlichen öffentlichen Brunnen besorgen lassen müssen.

Der Gefertigte beehrt sich, an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

1. Was war die Ursache der Wasserabsperrung bei dem nächst der Kasernengasse befindlichen Auslaufbrunnen auf der Mariahilferstraße?

2. Ist der Herr Bürgermeister nicht geneigt, die diesbezügliche belästigende Verfügung wieder aufheben zu lassen?

Bürgermeister: Ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen und diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Strobach:**

Das Trottoirpflaster vor der dem Heinrich Eger gehörigen Realität in der Rampersdorfgasse im V. Bezirke ist bisher, trotz der fortwährenden Urgenzen, welche durch sieben Jahre — sage sieben Jahre — hindurch ergehen, ebensowenig gelegt worden, als die Mauer, welche die Untere Bräuhausgasse absperrt, niedergerissen und der Straßengrund rechtgemäß in den factischen Besitz der Gemeinde im richtigen Niveau übergeben worden ist.

Die mehrfachen, übrigens ganz unbedeutenden Geldstrafen, mit denen Heinrich Eger belegt wurde, sind selbst dann, wenn sie bezahlt werden sollten, keineswegs eine Entschädigung für die Verhöhnung des allgemeinen Rechtsgefühles, welche in dem Benehmen des Heinrich Eger zutage tritt, und stehen weiters in gar keinem Verhältnisse zu dem Gewinste, welchen Heinrich Eger auf Kosten seiner Nachbarn dann erzielt, wenn ihm sein Plan gelingt. Um einen kleinen Beweis von der geschickten Speculation des Heinrich Eger zu geben, führe ich an, dass derselbe seinem Nachbar für die Quadratklafter Grund 70 fl. anbot, während von anderer Seite 120 fl. geboten wurden. Heinrich Eger sucht nun durch seine Weigerung, die Mauer niederzureißen, es seinem Nachbar unmöglich zu machen, den Grund an einen anderen zu verkaufen, will ihn daher zwingen, denselben an ihn, Heinrich Eger, zu veräußern.

Ich verweise noch darauf, dass Heinrich Eger, welcher, nebstbei bemerkt, ein Jude ist, sich seiner guten Beziehungen zum Präsidium rühmen soll und mit überlegenem Lächeln erklärt, dass er zu nichts gezwungen werden könne und nur der Gewalt weiche. Daraus folgt, dass nichts anderes übrig bleibt, als dass 1. die Gemeinde Wien das Trottoir auf Kosten des Heinrich Eger selbst legt, und 2. auf Kosten desselben die Mauer, welche die Untere Bräuhausgasse absperrt, niederreißt und den Grund ordnungsmäßig planiert.

Indem ich noch ankündige, dass ich von nun ab in jeder Sitzung des Gemeinderathes die Frage wiederholen werde, wann denn endlich Heinrich Eger gezwungen werden wird, seinen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinde Wien gegenüber nachzukommen, stelle ich die Frage:

Mit welchen Mitteln gedenkt der Herr Bürgermeister, oftbenannten Heinrich Eger zur Legung des Trottoirpflasters und Niederreißung der die Untere Bräuhausgasse absperrenden Mauer, endlich zur Übergabe des Straßengrundes im richtigen Niveau zu verhalten?

Bürgermeister: Den in der Interpellation enthaltenen Anwurf auf die Confession des Herrn Eger muss ich zurückweisen. Ich bedauere, dass von dem Herrn Interpellanten derlei Ausdrücke in die Interpellation aufgenommen werden. Ich habe das leider übersehen, sonst hätte ich sie nicht verlesen lassen. Auf den Inhalt der Interpellation werde ich in der nächsten Sitzung zurückkommen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Wie ich aus einer Quelle erfahren habe, taucht schon wieder das Gespenst auf, nämlich die Unterbindung der Goldschlagstraße, welche die Bezirkstheile des XIV. und XV. Bezirkes durchzieht; dieselbe soll zwischen der Huglgasse und Holochergasse aufgelassen werden.

Hiezu muss ich bemerken, dass eine Absperrung der Goldschlagstraße gleichbedeutend mit dem Ruin dieser so schön angelegten Bezirkstheile ist, es herrscht dortselbst die größte Beunruhigung in der Bevölkerung auf das bloße Gerücht von einem derartigen ungeheuerlichen und unerhörten Vorschlage.

Diese Bezirkstheile sind ohnehin von der einen Seite durch den Bahnkörper der k. k. Staatsbahnen wie durch eine chinesische Mauer abgesperrt, von der anderen Seite durch das Schmelzer Exercierfeld dann auch noch durch die auf der Gürtelstraße zu erbauende Stadtbahn, und nun sollen diese Bezirkstheile auch noch in der Mitte durch das Spital getrennt werden.

Ich erlaube mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage,

ob es auf Wahrheit beruht, dass von Seite der Staatsverwaltung ein solcher Erlass an die Gemeinde gerichtet wurde?

Bürgermeister: Diese Interpellation werde ich die Ehre haben, in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

11. Anfrage der **Gem.-Räthe Mayer** und **K. J. Müller:**

Die Kammer der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den seit dem Jahre 1872 alljährlich in Wien tagenden Saatenmarkt bis auf weiteres nicht mehr abzuhalten und wurde dieser Beschluss mit dem Hinweise auf die in der Sitzung des hohen Landtages vom 30. Jänner d. J. gehaltenen Reden und auf die dort gemachten Ausfälle gegen die Besucher und die Institution des Saatenmarktes begründet — Ausfälle, welche in officieller Weise nicht zurückgewiesen erscheinen — wodurch sich die Kammer einerseits in ihrer Ehre angegriffen, andererseits aber außer Macht erklärt, die fremden Besucher des Saatenmarktes vor ähnlichen Beleidigungen und Kränkungen zu schützen.

Dieser Beschluss der Kammer ist aber, abgesehen von den Ursachen, welche dazu führten, auch in wirtschaftlicher Beziehung lebhaft zu bedauern, da durch das Zusammenströmen so vieler und, was hier besonders in die Wagschale fällt, bemittelter Fremder eine große Anzahl von Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Hoteliers, Wirten, Cafétiers 2c. lebhafteren Absatz und bessere Einnahmen erzielten, auf welche sie in Zukunft, falls der Markt nicht mehr in Wien abgehalten werden würde oder anderwärts, etwa in Budapest, sich etablierte, verzichten müssten. (Unruhe links.)

Andere Städte veranstalten alljährlich Feste, Versammlungen, Ausstellungen 2c., um durch Anziehung von Fremden mehr Verdienst ihren Bürgern zu schaffen, während in Wien alles aufgeboten wird, um solche fernzuhalten. Dadurch wird die Entwicklung der Stadt und die Hebung des Wohlstandes ihrer Bewohner arg geschädigt, und gerade von einem Theile der Volksvertreter, die sich bei jeder Gelegenheit als die berufensten Anwälte des unterdrückten Kleingewerbes hinstellen.

Mit Rücksicht auf die unabsehbaren, schädigenden Folgen, welche die Aufrechthaltung dieses Kammerbeschlusses nach sich ziehen würde, erlauben sich die Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten,

was er zu unternehmen gewillt ist, um die Kammer zur Zurücknahme dieses Beschlusses zu veranlassen? (Unruhe links.)

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Stern:**

Nach der Mittheilung eines heutigen Abendblattes soll Se. Excellenz der Herr Handelsminister im Club der Vereinigten Linken sich dahin geäußert haben, dass die Gemeinde Wien, in deren Interesse hauptsächlich der Bestand des Wiener Saatenmarktes liegt, ihre Aufgabe in dieser Beziehung nicht erfüllt habe. Da überdies verlautet, dass Budapest und Pressburg in Concurrenz treten, dass in einer dieser Städte der Saatenmarkt abgehalten werde, erlaube ich mir die Anfrage:

Was gedenkt der Herren Bürgermeister zu thun, um die Verlegung des Saatenmarktes in eine andere Stadt, wodurch Wien empfindlich geschädigt würde, abzuwehren?

(Beifall rechts. Gelächter links. — Gem.-Rath Steiner: Nach Jerusalem sollen sie gehen!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner, ich rufe Sie zur Ordnung. Ich bitte, die Verhandlung nicht durch solche Zwischenrufe zu stören. Ich bitte auch, nicht zu beleidigen.

Eine Interpellation in gleichem Sinne hat auch Herr Gem.-Rath Seiler eingebracht.

Ich habe die Ehre, in Beantwortung dieser Interpellationen Folgendes zu bemerken:

Die Gemeinde hat von jeher, seit dem Inslebentreten des Saatenmarktes auf den Bestand dieser Institution großen Wert gelegt. Beweis dessen, dass bei jedem Saatenmarkte entweder der Bürgermeister persönlich oder ein Stellvertreter in den Versammlungen erschienen ist, dieselben begrüßt und auf den Wert hingewiesen hat, welchen die Gemeinde auf diese Institution legt. Ich selbst habe die Ehre gehabt, im vorigen Jahre als Vertreter der Gemeinde beim Saatenmarkte zu erscheinen und auf die große Bedeutung desselben für Wien, für den Fremdenverkehr und insbesondere auch für die Approvisionierung Wiens (Widerspruch links) hinzuweisen. Angesichts der in den letzten Wochen gepflogenen Verhandlungen in den Kreisen der landwirtschaftlichen Börse war nun die Frage aufzuwerfen, ob nicht die Gemeinde eine Petition an die Regierung richten soll, damit sie ihren maßgebenden Einfluss darauf verwende, dass der Saatenmarkt auch heuer wieder in Wien abgehalten werde, und dass überhaupt der Bestand dieser Institution als gesichert anzusehen sei.

Es ist auch nach der bisherigen Haltung des Gemeinderathes gewiss kein Zweifel darüber möglich, dass diese Petition mit großer Majorität beschlossen worden wäre; dagegen hätte sich keine Garantie dafür übernehmen lassen, ob nicht neuerlich Äußerungen hier zutage treten, durch welche eine weitere Verstimmung in den betheiligten Kreisen des Saatenmarktes hervorgerufen wird.

Diese Erwägung hat dahin geführt, diese Petition vorläufig nicht zu überreichen. (Bravo! links.) Das eine kann ich aber wohl aussprechen, dass die Befürchtung, dass etwa die Besucher des Saatenmarktes in Wien verunglimpft werden, gewiss unbegründet ist, denn die Wiener Bevölkerung hat sich von jeher als eine höchst gastfreundliche, liebenswürdige und zuvorkommende erwiesen (Beifall), und ich bin überzeugt, dass, wenn der Saatenmarkt heuer abgehalten würde, die Besucher desselben von der Wiener Bevölkerung freundlichst aufgenommen würden. In diesem Sinne werde ich die Ehre haben, der hohen Regierung zu berichten. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

13. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes v. Göß** und Genossen:

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 20. August 1891 wurde von mir der Antrag gestellt, die Durchführung der Canalisierung im ganzen XIII. Bezirke zur Behebung der sanitären Übelstände thunlichst zu beschleunigen.

Die jetzt in Angriff zu nehmende Rohrlegung für die Wasserleitung zwingt zur sofortigen Ausführung der Canalisation des Bezirkes. Nachdem nun durch die heuer noch zu beendende Herstellung des Sammelcanales am rechten Ufer an der Wien bis zur Badhausgasse in Hietzing und am linken Wienufer bis Hütteldorf die Ausführung der Canäle in Hietzing, Baumgarten und Hütteldorf möglich wird, stellen wir folgende Anträge:

1. Die Canalisierungs-Projecte für Hietzing, Baumgarten und Hütteldorf sind mit Beschleunigung vorzulegen und heuer noch in Ausführung zu bringen.

2. Für die Canalisierung der übrigen Theile des XIII. Bezirkes sind die Projecte heuer noch auszuarbeiten und für die Durchführung im Jahre 1895 im Budget dieses Jahres der nöthige Betrag einzustellen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath zur Vorberathung.

Es ist von mehreren Mitgliedern des Gemeinderathes der Wunsch ausgesprochen worden, dass der auf der heutigen Tagesordnung stehende Gegenstand, betreffend die Beistellung von Leichenversenkungs-Apparaten, von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil diese Mitglieder durch die Verhandlungen im Reichsrathe verhindert sind, an der heutigen Sitzung theilzunehmen, und sie andererseits großen Wert darauf legen, zu diesem Gegenstande das Wort zu ergreifen. Die Versammlung ist damit einverstanden, dass der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt werde (Zustimmung), und wir werden statt dieses Gegenstandes die auf der gedruckten Tagesordnung und dann die auf der nachträglichen geschriebenen Tagesordnung stehenden Gegenstände erledigen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir lediglich das Wort zu dem Zwecke erbeten, um den Herrn Bürgermeister zu bitten, dass dieses Referat in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes erstattet werde.

Bürgermeister: Ich werde diesem Wunsche entsprechen.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Vor ungefähr drei Wochen hat sich der Herr Collega Stehlik darüber beschwert, dass die Sitzungen nicht rechtzeitig eröffnet werden. Der Herr Bürgermeister hat die Güte gehabt, zu erklären,

dass er dafür Sorge tragen werde, dass in Zukunft die Sitzungen rechtzeitig eröffnet werden. Es waren heute um 5 Uhr 35 Herren anwesend, und es war erst um 1/4 6 Uhr knapp die Beschlussfähigkeit zur Eröffnung der Sitzung vorhanden. Und wenn Sie sich das jetzige Bild des Gemeinderathes ansehen, so glaube ich, dass es, wie der Besuch zeigt, weder der Würde noch dem Ansehen des Gemeinderathes entspricht, dass nach drei Viertelstunden Verspätung erst die knappe Beschlussfähigkeit vorhanden ist. Ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, energisch darauf zu dringen, dass die Herren rechtzeitig in der Sitzung erscheinen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich muss dem gleichen Bedauern darüber Ausdruck geben, allein ich finde, dass der Besuch so ziemlich proportionell ist, und dass von Ihrer Seite genau so viele fehlen, als von dieser Seite. (Rufe links: Das hat niemand bestritten!) Jedenfalls bitte ich auch den Herrn Bürgermeister, dafür zu sorgen, dass die Sitzung präcise eröffnet werde. (Unruhe.)

Bürgermeister: Ich werde dem von beiden Seiten geäußerten Wunsche Rechnung tragen und die verehrten Mitglieder neuerlich ersuchen, pünktlich und zahlreich an den Sitzungen theilzunehmen. Wir kommen zur Tagesordnung.

14. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, unter Zahl 4046 über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Hernals um eine Subvention zu referieren. Es wird von den Ämtern die Nothwendigkeit der Subvention nachgewiesen und von dem Stadtrathe beantragt, der freiwilligen Feuerwehr in Hernals eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr Hernals wird zur Begleichung des Deficites aus dem Jahre 1893, sowie zur Bestreitung kleiner Auslagen pro 1894 eine Subvention von 500 fl. bewilligt.

15. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 3586 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Gaudenzdorf um eine Subvention zum Zwecke verschiedener Anschaffungen. Die Subvention wird seitens der Ämter beantragt und die Nothwendigkeit derselben ist nachgewiesen. Der Stadtrath beantragt eine solche im Betrage von 200 fl. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf wird zur Bestreitung kleiner Auslagen gegen seinerzeitige Rechnungslegung eine Subvention von 200 fl. bewilligt.

16. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 4006 betrifft das Ansuchen des Commandos der städtischen Feuerwehr um Anschaffung von 25 Stück Druckschläuchen Nr. 6. Der Kostenbetrag ist 928 fl. 75 kr. Es sind nämlich bei dem großen Brande in der Terracottafabrik sehr viele Schläuche zugrunde gegangen, infolge dessen die Nachanschaffung nothwendig ist. Es wird, nachdem die betreffende Rubrik bereits erschöpft ist, beantragt, einen Zuschusscredit von 928 fl. 75 kr. zu gewähren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Behufs Anschaffung von 25 Druckschläuchen für die städtische Feuerwehr wird zur Ausg.-Rubr. XX 6 b ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses von 928 fl. 75 kr. bewilligt.

17. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 4007 betrifft das Ansuchen des Commandos der städtischen Feuerwehr um Anschaffung eines Reserve-Wasserwagens sammt Ausrüstung für die freiwilligen Feuerwehren. Dieser Reserve-Wasserwagen sammt Ausrüstung erfordert einen Kostenaufwand von 1706 fl. 62 kr.

Er soll angeschafft werden, um, wenn ein Wasserwagen bei der freiwilligen Feuerwehr schadhaft wird, als Ersatz verwendet zu werden. Die Nothwendigkeit wird vom Feuerwehr-Commando betont und es wird der Betrag von 1706 fl. 62 kr. zu bewilligen beantragt. Nachdem Rubrik XX 6 b erschöpft ist, so wäre auch ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu genehmigen.

Gem.-Rath Dürbek: Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, was eigentlich zu dieser Ausrüstung gehört, dass sie 1700 fl. kostet.

Referent: Ein gewöhnlicher Wasserwagen kostet 950 fl. Die Ausrüstung ist folgende: Ein Wagen mit eisernem Doppelbocksitz für sechs Mann, unter demselben ein oder zwei abnehmbare Schlauchhaspeln, für fünf Druckschläuche, ein Wasserfass mit 500 l Inhalt, hinter demselben eine Standbrücke, für einen Hydrophor, d. i. eine kleine Tragspritze für communale Dreieckschläuche, ein eisernes Saugreservoir, ein Gerüst für eine dreitheilige Steckleiter, 10 m hoch, und für zwei Stück Charnierunterleitern, außerdem ein Behälter für zehn Feuereimer, Schaufeln, Ausräumhacken, Globen für Brandhacken, Mauerbrecher und Fackelträger und eine Schlauchhaspel für Luftspiralschläuche 2c. Darum ist der Betrag ein höherer als gewöhnlich.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe bezüglich der Belastung dieser Wägen mit einigen Fachmännern gesprochen und diese haben erklärt, dass die städtische Feuerwehr immer mehr in der Belastung der Wägen fortschreitet. Derartig ausgerüstete Wägen werden ausschließlich bei größeren Bränden, eventuell bei Waldbränden in Verwendung kommen. Wenn die Wägen so ausgerüstet sind und die Mannschaft darauf sitzt, wird es mit der Beförderung immer schlechter werden. Ich würde bitten, dass von Seite des geehrten Präsidiums das Feuerwehr-Commando befragt würde, aus welchem Grunde das in Wien geschieht. Unsere Feuerwehr soll die einzige sein, welche ihre Wägen so belastet, und man schreitet da immer weiter. Gelegentlich der Berathung des Budgets wurde sowohl von Seite der städtischen Organe als auch von Seite der Herren aus der Buchhaltung betont, dass der ins Budget eingesetzte Betrag zu gering ist, so dass man sofort, wenn eine Neuanschaffung platzgreift, an den Gemeinderath kommen muss um Bewilligung eines Nachtragscredites. Das ist die zweite Post, die von Seite der Budget-Commission abgelehnt wurde, und wir sind jetzt in die unangenehme Lage versetzt, wenn der städtischen Feuerwehr bei einem Brande Requisiten und Schläuche zugrunde gehen, jedesmal einen derartigen Nachtragscredit bewilligen zu müssen.

Ich würde also in Zukunft bei der Budgetberathung, wenn von Seite der Feuerwehr und Buchhaltung bekanntgegeben wird, dass der ganze Betrag, den man bewilligt, für die Bezahlung von Rechnungen des Vorjahres gehört, bitten, dass diese Bedingung auch Berücksichtigung finde.

Bürgermeister: Es wünscht niemand mehr das Wort. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (Schlusswort): Der Herr Vorsprecher war ja Mitglied der Budget-Commission und wenn dieselbe so knauserisch vorgegangen

ist, hätte er Gelegenheit gehabt, Einsprache zu erheben und die Rubrik zu erhöhen. Was überdies der Herr College bemerkt hat, ist richtig; ich referiere schon zum dritten- oder viertenmale um einen Zuschusscredit, da bei Bränden Schläuche zugrunde gegangen sind; dass es also nothwendig ist, einen höheren Betrag einzusetzen, unterliegt keinem Zweifel.

Bürgermeister: Gegen den Referenten-Antrag ist keine Einwendung erhoben worden. Er ist angenommen.

Beschluss: Behufs Anschaffung eines Reserve-Wasserwagens sammt Ausrüstung wird zur Ausg.-Rubr. XX 6 b ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses von 1706 fl. 62 kr. bewilligt?

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Der Herr Referent hat mir den Vorwurf gemacht und erklärt, ich wäre Mitglied der Budget-Commission gewesen und hätte Zeit und Gelegenheit gehabt, das dort zu bemerken. Meine Herren, ich war sogar Referent für diese Gruppe, bedauere aber, durch Familienverhältnisse und Krankheit verhindert gewesen zu sein, das Referat dort zu erstatten, sonst hätte ich es gewiss gethan.

18. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 4124 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Hietzing um Subvention. Die Nothwendigkeit der Subventionierung wurde nachgewiesen, und es wird beantragt, für das Jahr 1893 für vorhandene Rückstände 342 fl. 22 kr. und für das Jahr 1894 400 fl., zusammen 742 fl. 22 kr. an Subvention zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Frauenberger: Nachdem diese Feuerwehr auch voriges Jahr subventioniert wurde, möchte ich mir die Anfrage erlauben, was das für Rückstände sind?

Referent: Die Hietzinger Feuerwehr wurde voriges Jahr nicht subventioniert.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr Hietzing wird zur Deckung des Deficites aus dem Jahre 1893 ein Betrag von 342 fl. 22 kr. und zur Bestreitung kleiner Auslagen für Depot- und Requisitenreinigung gegen seinerzeitige Vorlage der Detailverrechnung ein Betrag von 400 fl. als Subvention bewilligt.

19. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 4008 betrifft den Fortbezug der Gehalte der beiden activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr Penzing. Es wurde seinerzeit der Beschluss gefasst, dass provisorisch diese activen Feuerwehrleute 45 fl. pro Monat und 24 fl. jährlich Stiefelpauschale beziehen sollen. Diese Zeit ist aber schon am 1. Jänner 1894 abgelaufen; man hat nun jetzt plötzlich — ich weiß nicht, warum nach so langer Zeit — diesen activen Feuerwehrleuten den Gehalt eingestellt; es wird aber die Nothwendigkeit der Anstellung dieser beiden activen Feuerwehrleute seitens des Feuerwehr-Commandos nachgewiesen. Sobald man sie aber braucht, und nothwendig braucht, kann man ihnen nicht den Gehalt einstellen. Es wird daher Folgendes beantragt (liest):

„Den beiden activen Feuerwehrleuten der freiwilligen Feuerwehr Penzing, Christian Schily und Daniel Brigge, wird bis auf Widerruf per Mann ein Monatsgehalt von je 45 fl. — kr. ein Stiefelpauschale von jährlich je . . . . 24 fl. — kr. und ein Montursrelutum von jährlich je . . . . . 28 fl. 26 kr. gewährt und wird die hiefür erforderliche Auslage im Gesammtbetrage per . . . . 1184 fl. 52 kr. pro anno in Form einer an die freiwillige Feuerwehr Penzing in dieser Höhe zu gewährenden Subvention genehmigt.

Die Ausbezahlung dieser Beträge hat monatlich im nachhinein durch die städtische Hauptcassa des XIII. Bezirkes zu erfolgen.

Die bereits für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1894 erfolgte Ausbezahlung obiger Bezüge wird nachträglich genehmigt." Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Steiner: Es wurde an mich bezüglich dieser activen Feuerwehrleute von einigen Gemeinden die Anfrage gestellt, in welchem Verhältnisse denn diese so bezeichneten Feuerwehrmänner zur städtischen Feuerwehr eigentlich stehen. Sie werden im Mannschaftsstande der städtischen Feuerwehr nicht geführt, und so glaube ich, gehören sie zum Mannschaftsstande der betreffenden freiwilligen Feuerwehren. Nun handelt es sich bei den Leuten um ihre Anstellung; sie competieren in der Regel nach sechs- bis achtjähriger Dienstzeit um eine communale Stelle, welche ihnen auch verliehen wird.

Nun würde ich mir an den Herrn Referenten die Frage erlauben, in welchem Verhältnisse sie eigentlich zur Activität stehen? Werden sie zum Mannschaftsstande der städtischen Feuerwehr gerechnet oder zu der betreffenden Feuerwehr, in deren Diensten sie stehen?

Referent: Sie stehen in gar keinem Verhältnisse zur städtischen Feuerwehr; sie werden nur als sogenannte „active Feuerwehrmänner" geführt. Sie werden auch in jedem Berichte immer angeführt als sogenannte active Feuerwehrleute. Sie sind eben provisorisch angestellte und bezahlte Feuerwehrleute bei den diversen Feuerwehren draußen, haben aber mit dem Mannschaftsstande der städtischen Feuerwehr nichts zu thun.

Gem.-Rath Steiner: Sie haben mithin keinen Anspruch auf eine städtische Anstellung!

Referent: Richtig ist, dass die activen Feuerwehrleute diesbezüglich zu wiederholtenmalen petitioniert haben. Ein solches Gesuch läuft auch, wo es liegt, weiß ich nicht. Es waren zu wiederholtenmalen Deputationen bei mir, welche mich gebeten haben, ich möge ihr Petit befürworten, dass sie activ angestellt werden, weil sie so ja gar keine Aussicht haben, indem sie mit ihrer Stellung immer in der Luft hängen. Es ist aber noch immer kein Bericht gekommen. Endlich wird er doch kommen, und endlich einmal muss doch das Verhältnis der sogenannten „activen", bei den freiwilligen Feuerwehren angestellten Feuerwehrleute geregelt und irgendein Definitum geschaffen werden.

Gem.-Rath Steiner: Ich hätte nur noch eine Bitte. Es ist im heurigen Jahre vorgekommen, dass die Gehalte, welche diesen angeblich activ dienenden Feuerwehrmännern zugesprochen sind, monatelang nicht ausbezahlt worden sind.

Es ist z. B. in meinem Bezirke vorgekommen, dass die Feuerwehrdiener in Sievering und Grinzing durch zwei Monate keinen Gehalt ausbezahlt erhielten. Es hat geheißen, es ist noch nicht bewilligt.

Ich würde vielleicht den Herrn Bürgermeister bitten, dass der Magistrat die Commanden der freiwilligen Feuerwehren verständige, in welcher Form sie ihre Gesuche zu übergeben haben, damit diese Leute am Ende des Monates auch pünktlich ihren Gehalt bekommen, sonst dürfte sich im nächsten Jahre dies wiederholen, und es ist gewiss peinlich, wenn die armen Teufel ihre

15 bis 20 fl., welche sie redlich verdient haben, am Schlusse des Monates nicht bekommen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich möchte nur auf die Bemerkung des Herrn Referenten erwidern, die er über die sogenannten activen Feuerwehrleute gemacht hat. Dies mag Geltung haben bei jenen, welche erst jetzt angestellt werden; diejenigen sogenannten activen Feuerwehrleute aber, die bei den früheren Gemeinden angestellt waren und übernommen wurden und die jetzt wahrscheinlich unter die Diener eingereiht sind, sind nicht provisorisch angestellt, denn sie waren von den verschiedenen Gemeinden mit Decret angestellt, ergo mussten sie auch von der Commune so übernommen werden. Das möchte ich nur beifügen, damit nicht eine irrige Meinung bezüglich dieser Leute platzgreife, von denen manche fünf bis zehn Jahre bei den Vorortegemeinden, z. B. in Hernals, gedient haben und definitiv angestellt waren. Diese hat die Commune übernommen, und die sind nicht als provisorisch anzusehen.

Referent: Ich erlaube mir nur, dem Herrn Gem.-Rathe Grünbeck zu erwidern, dass es einzelne Feuerwehren gibt, bei welchen solche Leute definitiv angestellt waren; wo das der Fall ist, hat die Commune diese Leute übernehmen müssen. Bei den meisten war dies aber nicht der Fall. Ich weiß z. B. Diener bei Feuerwehren, die schon 20 Jahre dienen, die Gemeinde hat sie aber nicht definitiv gemacht und darum sind sie auch heute nicht definitiv.

Bürgermeister: Gegen den Referenten-Antrag ist keine Einwendung. Er ist daher angenommen.

Beschluss: Den beiden activen Feuerwehrleuten der freiwilligen Feuerwehr Penzing, Christian Schily und Daniel Brigge, wird bis auf Widerruf pro Mann ein Monatsgehalt von je . . . . 45 fl. — kr.
ein Stiefelpauschale von jährlich je . . 24 fl. — kr.
und ein Montursrelutum von jährlich je 28 fl. 26 kr.
gewährt und wird die hiefür erforderliche Auslage im Gesammtbetrage per . . . . 1184 fl. 52 kr.
pro anno in Form einer an die freiwillige Feuerwehr Penzing in dieser Höhe zu gewährenden Subvention genehmigt.

Die Ausbezahlung dieser Beträge hat monatlich im nachhinein durch die städtische Hauptcassa des XIII. Bezirkes zu erfolgen.

Die bereits für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1894 erfolgte Ausbezahlung obiger Bezüge wird nachträglich genehmigt.

20. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, über die Systemisierung einer Forstaufseher-Stelle für die aufgelassene Forstadjuncten-Stelle auf dem Bürgerspitalfondsgute Spitz zu referieren.

Es ist nöthig, die Art der Entwicklung der Verwaltung kurz darzustellen, wie sie sich nach den verschiedenen Gemeinderaths-Beschlüssen seit der Erwerbung des Fondsgutes ergeben hat.

Im Jahre 1872 wurde für die Verwaltung ein Verwalter mit dem Sitze in Spitz und zwei Adjuncten bestellt.

Im Jahre 1879 wurde eine neue Adjunctenstelle creiert, so dass also in diesem Jahre ein Verwalter und drei Adjuncten bestanden. Ich bemerke hiezu zur Beurtheilung des Aufwandes für das Verwaltungspersonal, dass es sich hier um einen Besitz von rund 170 Joch Äcker und Wiesen und circa 1530 Joch Wald handelt; davon sind jedoch nur 1000 Joch Wald in geschlossenem Bestande, der Rest ist in kleinere Parcellen zertheilt und liegt in 15 Gemeinden; dabei ist das Terrain gebirgig und macht die Überwachung bei diesem Sachverhalte außerordentlich viel Arbeit. Die Bezüge des Verwaltungspersonales waren folgende:

ein Verwalter mit 900 fl. Gehalt, 24 fl. Kanzleipauschale und 100 fl. Reisepauschale;

ein Forstadjunct, auch in Spitz, mit 500 fl. Gehalt, Naturalwohnung und 40 fl. Reisepauschale;

ein zweiter Adjunct in Schwallenbach, einer kleinen Ortschaft oberhalb Spitz, mit 500 fl. Gehalt und 40 fl. Reisepauschale;

endlich ein Adjunct in Zeissing mit 400 fl. Gehalt und 40 fl. Reisepauschale.

Die Stelle eines Adjuncten in Zeissing wurde im Jahre 1887 mit Beschluss vom 1. Juni aufgehoben und wurden die Agenden dieses Adjuncten den beiden verbleibenden Adjuncten in Schwallenbach und Spitz zugewiesen und als Entschädigung für diese vermehrte Arbeit das Reisepauschale von 40 auf 100 fl. erhöht.

Im Jahre 1892 ist der bisherige Verwalter in Pension getreten und sein Adjunct mit dem Sitze in Spitz, Petri, wurde Verwalter. Seit dieser Zeit blieb die Stelle des Adjuncten, welche früher Petri begleitet hatte, unbesetzt und es ist also derzeit ein Verwalter in Spitz und der Adjunct in Schwallenbach. Außerdem ist ein Forstaufseher in einem kleinen Orte, weit weg von Spitz, welcher jedoch nur ein Honorar von jährlich 60 fl. bezieht. Der Verwalter Petri ist nun mit einem Gesuche eingeschritten, es möge die Stelle eines Adjuncten, welche bis jetzt unbesetzt geblieben, neuerlich besetzt werden. Er hat darauf verwiesen, dass er außer dem ziemlich umfangreichen Kanzleigeschäfte, das er führt, die ganze Cassengebarung und Verwaltung, Berichte zu machen, das Präliminare für die Schlagungen &c. habe. Außer dieser Arbeit hat er noch die Forstaufsicht für den ganzen ihm zugewiesenen Bezirk. Nun lässt sich das bei der von mir bereits erwähnten Natur der dortigen Gegend außerordentlich schwer versehen. Eine ziemlich scharfe Überwachung ist jedoch außerordentlich nothwendig, besonders in den entfernter liegenden Theilen. Es sind wiederholt Beschädigungen an den Culturen vorgekommen. Es sind auch bei den Holzablagerungen verschiedene Entwendungen vorgekommen. Kurz, eine strenge Aufsicht ist nöthig. Die Buchhaltung berichtet über die ganze Angelegenheit und schließt sich der Anschauung des Magistrates, es sei diese Stelle neu zu besetzen, an, und das Resultat dieser Berathung ist folgender Antrag des Stadtrathes (liest):

„1. Die infolge Stadtraths-Beschlusses vom 6. October 1892, Z. 5407, nicht besetzte Stelle eines Forstadjuncten auf dem Wiener Bürgerspitalfondsgute Spitz a. d. Donau mit dem Sitze in Spitz wird aufgelassen und an dererstatt die Stelle eines für den Forstschutz und technischen Hilfsdienst befähigten Forstaufsehers mit dem Grundgehalte von 400 fl. und die Anwartschaft auf zwei Quinquennien à 50 fl. und dem Genusse einer kleinen Naturalwohnung, bestehend aus Zimmer, Cabinet und Küche, im Schlosse in Spitz systemisiert.

2. Dem Forstaufseher in Spitz werden als Deput sieben Raummeter harte und sieben Raummeter weiche Prügel Brennholz nebst einem Holzzufuhrspauschale von 12 fl. 60 kr. bewilligt und nach Zulässigkeit auch eine entsprechende Grundnutzung zu einem ermäßigten Pachtschilling gewährt.

3. Das Auslagen-Erfordernis für den Forstaufseher in Spitz pro 1894 wird auf das Gebarungsresultat der Fondsherrschaft Spitz a. d. Donau gewiesen."

Die Folgen dieses Antrages sind, dass für den Forstschutz eine geeignete Persönlichkeit bestellt wird und die Auslagen sich geringer stellen, als wenn wieder ein Adjunct bestellt wird, wie es früher der Fall war. Die Sache selbst ist in der Sachlage gerechtfertigt. Wer die Verhältnisse kennt, wird zustimmen, dass unter der derzeitigen Verwaltung nicht allen Erfordernissen entsprochen werden kann, weil dies physisch nicht möglich ist. Ich bitte daher um die Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe gegen den Antrag des Herrn Referenten gar nichts, weil es sehr richtig ist, dass wir unsere Culturen schützen müssen. Aber man sieht daraus, dass die von beiden Seiten hier eingebrachten Anträge und überreichten Petitionen um Einführung von Flurschützen für die Gemeinde Wien ebenso dringlich sind als die Forstadjunctenstelle des Bürgerspitalfondsgutes Spitz.

Ich erlaube mir aber eine Frage an den Herrn Referenten. Ich erinnere mich aus früheren Zeiten, dass der gewesene Gem.-Rath Dr. Mandl hier ziemlich scharf darüber gesprochen hat, dass sich das im Bürgerspitalfondsgut Spitz investierte Capital sehr schlecht verzinst. Ich würde mir daher an den Herrn Referenten die Bitte erlauben, uns zu sagen, ob es nachweisbar ist, wie hoch denn jetzt die Verzinsung des Capitales ist, nachdem hier doch wieder eine Ausgabe verursacht wird.

Referent: Ich bedauere, ich bin momentan nicht in der Lage, diesem Wunsche nachzukommen. Wenn das Budget zur Hand ist, so läst sich darüber eine Auskunft geben, weil aus dem Budget sowohl das ganze Gebarungsresultat als auch dessen Details zu entnehmen sind. Ich möchte nur auf eines aufmerksam machen. Es ist eine ziemlich allgemeine Meinung, dass der stattgefundene Ankauf zu jener Zeit nicht vortheilhaft gewesen sei. Ich bitte aber zu berücksichtigen, dass seither durch den Zuwachs eine außerordentliche Verbesserung des ganzen Bestandes erfolgt. Ich hatte selbst Gelegenheit, aus Anlass einer Reise die Bestände zu sehen, und kann sagen, dass die Bestände besonders in dem geschlossenen Theile außerordentlich schön sind, und dass man sagen kann, dass der Wert des Besitzes sich wesentlich erhöht hat. Dabei ist noch darauf zu verweisen, dass, wie den Herren ja bekannt ist, die Verwertung des Holzes sich in den letzten Jahren, insbesondere auch in dieser Gegend, etwas erschwerte. Mit diesen Umständen ist zu rechnen; aber genaue Auskunft, wie sie gewünscht wurde, kann ich nicht geben, weil mir die Ziffern des Budgets nicht gegenwärtig sind.

Gem.-Rath Boschan: Bei einem Forstgute oder einer Waldherrschaft, welche nicht von so großem Umfange ist, dass ein regelmäßiger, vielleicht ein halbes Jahrhundert andauernder Turnus dabei eingehalten werden kann, kann die Rentabilität nicht danach beurtheilt werden, was man alle Jahre herausschlägt, weil das ja mehr oder weniger von der Willkür des Besitzers abhängig ist, ob er größere oder geringere Quantitäten zur Abstockung bringt. Als vor einer langen Reihe von Jahren das Gut gekauft wurde, waren, wie behauptet wurde, Überstände vorhanden, d. h. es war so viel altes Holz darinnen, dass mehr herausgeschlagen werden konnte, als der regelmäßige Zuwachs beträgt, und in den ersten Jahren des Besitzes sind in der That solche Quantitäten herausgeschlagen worden, dass dies eine 8- bis 9percentige Verzinsung des investierten Capitales ergeben hat. Später hat man eine rationellere Beforstung einführen wollen und hat die Schläge soweit zurückgestellt, dass nur ganz kleine Quantitäten Holz ausgeführt worden sind. Außerdem hat der Gemeinderath den Beschluss gefasst, die gesammten Erträgnisse des Forstgutes Spitz a. d. Donau insolange nicht zu eigentlichen Bürgerspitalfondszwecken zu verwenden, sondern von dem Gute abzuschreiben, bis diejenigen Beträge, welche nach der Berechnung der Buchhaltung dazumal zu viel herausgenommen worden sind, wieder ersetzt sind. Nach den heutigen Berechnungen wird allerdings nur ein Betrag von vielleicht 2 oder 3 Percent der Verzinsung resultieren. Ich bin aber überzeugt, dass nach einigen Decennien das Gut einen viel größeren Wert haben wird als es heute besitzt, und nachdem der Bürgerspitalfond durchaus nicht darauf ansteht, dass wirklich jeder einzelne Theil des Besitzes durchaus zu Fondsgutzwecken verwendet wird, weil er ja reich genug ist, so ist es wirklich zweckmäßig, am Gute Waldbestände anwachsen zu lassen; auch aus dem Grunde, weil sich dieses Gut in absehbarer Zeit zu einer Sommerfrische eignen wird, wenn eine bessere Verbindung von Krems aufwärts bestehen wird, und da es dann ja von Bedeutung ist, wenn das Gut einen schattigen Wald hat. Ich glaube also, dass die Gemeinde diesen Ankauf nicht zu bedauern hat, und dass der Wert, welcher darin investiert worden ist, seinerzeit gute Zinsen tragen wird, so dass der Bürgerspitalfond, wenn er das Gut verkaufen würde, dies mit bedeutendem Nutzen würde bewerkstelligen können. Ich möchte überdies selbst also von einem Verkaufe abrathen.

Bürgermeister: Gegen den Referenten-Antrag ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen.

Beschluss: 1. Die infolge des Stadtraths-Beschlusses vom 6. October 1892, Z. 5407, nicht besetzte Stelle eines Forstadjuncten auf dem Wiener Bürgerspitalfondsgute Spitz a. d. Donau mit dem Sitze in Spitz wird aufgelassen und an dererstatt die Stelle eines für den Forstschutz und technischen Hilfsdienst befähigten Forstaufsehers mit dem Grundgehalte von 400 fl. und der Anwartschaft auf zwei Quinquennien à 50 fl. und dem Genusse einer kleinen Naturalwohnung, bestehend aus Zimmer, Cabinet und Küche, im Schlosse in Spitz systemisiert.

2. Dem Forstaufseher in Spitz werden als Deput 7 Raummeter harte und 7 Raummeter weiche Prügel Brennholz nebst einem Holzzufuhrspauschale von 12 fl. 60 kr. bewilligt und nach Zulässigkeit auch eine entsprechende Grundnutzung zu einem ermäßigten Pachtschilling gewährt.

3. Das Auslagen-Erfordernis für den Forstaufseher in Spitz pro 1894 wird auf das Gebarungsresultat der Fondsherrschaft Spitz a. d. Donau gewiesen.

21. Referent Gem.-Rath Stiaßny: Zahl 3759. Beilage Nr. 134. Der Gegenstand betrifft die Baulinienbestimmung für die Realität Nr. 24 in Ober-Meidling an der Grünberggasse und Johannesgasse und gleichzeitig die Auflassung der Fortsetzung zweier im XII. Bezirke bestehender Straßen. Anlässlich der Baulinienbestimmung für die Johannesgasse, für welche zu einem kleinen Theile seinerzeit die Baulinie vom Ministerium bestimmt worden war, während der im XII. Bezirke gelegene Theil bisher noch ohne Baulinie gewesen ist, ist in Betracht gezogen worden, dass der gegenwärtige Zug des Verkehres, der sich in Zukunft noch steigern

wird, in der Richtung gegen Hetzendorf — in der Beilage ist die Verkehrsrichtung auch durch einen Pfeil angedeutet — stattfindet.

Bei Bestimmung der Baulinie für die Johannesgasse und Grünberggasse waren die großen Terrainschwierigkeiten zu berücksichtigen, welche in einer ganz enormen Steigung der Straßen und Gassen in dieser Gegend bestehen. Wie die geehrten Herren aus dem Plane entnehmen wollen, schwankt die Niveausteigung zwischen 28 und 60 pro Mille.

Was die Verbauung dieses Stadttheiles anbelangt, so ist es selbstverständlich, dass, nachdem dieser Theil in jene Zone fällt, für welche der Gemeinderath mit Beschluss vom 24. März 1883 eine villenartige Verbauung gemäß §§ 82 und 83 der Bauordnung festgesetzt hat, der Stadtrath in Ausführung dieses Beschlusses angeordnet hat, dass die Verbauung in entweder freistehenden oder zu zweien gekuppelten Villen, jedoch mit Rücksicht auf die geringe Tiefe der Bauplätze ohne Vorgärten stattfinde, aber mit der Bestimmung, dass jeder Bau zumindest 3 m entfernt von der Nachbargrenze hergestellt werden soll.

Ich muss noch erwähnen, dass die Verlängerung der Bonygasse und Radetzkygasse vorläufig entfällt, schon mit Rücksicht auf die großen Terrainschwierigkeiten und dann auch im Hinblicke auf den Umstand, dass sich hier sehr wertvolle Objecte befinden, deren Durchquerung mit einer Straße kaum in Aussicht genommen werden kann.

Es ist in der Beilage übrigens angedeutet, in welcher Weise die zukünftige Fortsetzung der Bonygasse erfolgen könnte.

Die Anträge, welche ich namens des Stadtrathes vorzulegen habe, lauten (liest):

„1. Die vom Ministerium des Innern genehmigten Baulinien der Johannesgasse, der Grünberggasse und der Maria Theresiastraße, sowie die Niveaux dieser letzteren nach den punktierten Coten werden aufrechtgehalten.

2. Für die Fortsetzung der Johannesgasse durch Ober-Meidling bis zur Maria Theresiastraße werden unter Festhaltung der derzeitigen Straßenmitte bei der westlichen Ecke des Pförtnerhauses in der Springer'schen Realität und Annahme eines Abstandes von 7·5 m, so dass die Straßenbreite 15 m betragen wird, die schraffierten Linien A B, C D und die Abkappung D E mit 6 m als Baulinie bestimmt.

Die südliche Seite bleibt vorläufig in suspenso.

3. Die Baulinien der Bonygasse, beziehungsweise Radetzkygasse zwischen der Moldauergasse und der Maria Theresiastraße werden vorläufig aufgelassen.

4. Als definitives Niveau gelten die im Plane ersichtlich gemachten Coten.

5. Die Verbauung in der Grünberggasse, der Maria Theresiastraße von der Grünberggasse aufwärts und der Johannesgasse von der Moldauergasse an hat wegen der geringen Baugrundtiefen ohne Vorgärten, jedoch mit villenartigen einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, welche außer Parterre oder Hochparterre nur noch zwei Stockwerke enthalten und mindestens 3 m von der Nachbargrenze abstehen."

Ich bitte um Genehmigung dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Der Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Es handelt sich hier um ein Referat, aus dem hervorgeht, dass die Straße jetzt schief gezogen werden soll, während sie früher senkrecht beschlossen war. Ich möchte doch fragen, welche Ursache hier vorliegt, dass man, statt einer ganz regulären Straße, wie sie projectiert war, eine Ecke und eine ganz unregelmäßige Baulinie hieher macht, welche den Leuten in der Maria Theresiastraße kolossalen Schaden zufügt. Was liegt hier für ein Grund vor und von welchen Grundsätzen hat sich der Stadtrath leiten lassen, dass er diese Verbauung beschloss, ganz conträr dem früheren Projecte? Ich bitte den Herrn Referenten um Auskunft.

Referent: Ich möchte bitten mir anzugeben, die Baulinie welcher Straße gemeint ist.

Gem.-Rath Gregorig: Jene der Johannesgasse.

Referent: Wenn von der Johannesgasse die Rede ist, so muss ich, soweit meine Kenntnisse reichen, mittheilen, dass eine geradlinige Fortsetzung derselben, wie überhaupt eine Fortsetzung derselben nicht geplant war; wenigstens aus dem Acte geht es nicht hervor. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Fortsetzung der Johannesgasse mit Rücksicht auf die sehr bedeutende Niveaudifferenz, welche also eine längere Entwicklung der Verbindungsstraße wünschenswert macht, schräge vorgenommen werden mußte.

Ich kann vielleicht noch erwähnen, dass die Führung dieser Straße im Einvernehmen mit den Vertretern des XII. Bezirkes stattgefunden hat, indem sowohl ein Mitglied des Stadtrathes, College Schneiderhan, als, wenn ich nicht irre, auch ein Mitglied des Bezirksausschusses bei der Commission anwesend gewesen ist.

Gem.-Rath Gregorig: Nach meiner Ansicht werden hier Baustellen gebildet, die nahezu unverbaubar sind. Wenn die Herren draußen einverstanden sind, finde ich, dass das ganz unrichtig ist. Wie soll man denn an der Ecke bauen, es entsteht ja ein Winkelwerk. Nach dem früheren Plane standen die Johannes- und Bonygasse senkrecht auf der Maria Theresiastraße und jetzt kommt der Stadtrath mit einem Plane, dem man unmöglich zustimmen kann, weil Bauparcellen geschaffen werden, die man unmöglich verbauen kann oder die sich sehr schlecht rentieren werden.

Gem.-Rath Dobeš: Ich erlaube mir zu bemerken, dass die Niveauverhältnisse derartig sind, dass sich die Sache nicht anders machen läßt, als wie es in der Skizze angegeben ist. Die Maria Theresiastraße liegt wenigstens um 4 bis 5° höher wie die Bauplätze. Wenn man eine gerade Baulinie machen würde, müsste man eine Stiege anlegen, zum Befahren wäre die Straße absolut nicht. Die alte Straße, wie sie vorgezeichnet ist, wird eine natürliche Steigung haben, denn es ist nicht abzusehen, dass die bestehenden Häuser, die neu sind, umgebaut werden.

Gem.-Rath Rauscher: Ich habe den Ausführungen des Herrn Collegen Dobeš nichts hinzuzufügen. Ich bin überzeugt, dass, wenn Herr College Gregorig die Verhältnisse gekannt hätte, er nicht gegen den Antrag gesprochen hätte. Allerdings hat Herr College Gregorig insofern recht, wenn er sagt, dass ihm diese Abkappung auffällt. Schöner wäre es gewesen, wenn es sich machen ließe, dass die Straße auf die Maria Theresiastraße senkrecht geführt würde. Das geht aber wegen der Niveauverhältnisse nicht. Würde uns der Herr Referent die Niveaucoten vorgetragen haben, so würde die Sache klar gewesen sein. Jetzt ließe es sich nur so machen, dass man eine Stiege anlegt, sonst kommt man in die Maria Theresiastraße nicht hinauf. Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Stadtraths-Referenten einverstanden.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich möchte mir zu bemerken erlauben, dass die Johannesgasse eine sehr frequente Straße ist, sie nimmt den ganzen Verkehr, welcher von Hetzendorf zur Meidlinger Hauptstraße geht, auf. Das ist der eine Grund. Ein zweiter, viel wichtigerer Grund ist der Niveauunterschied. Wenn die Herren den Plan ansehen, so werden Sie finden, dass die Maria Theresiastraße bis zum Knie der Johannesgasse um 60 pro Mille, das ist sechs Percent, steigt. Das ist eine ziemlich bedeutende Steigung. Es ist ungefähr das Doppelte der Steigung, wie sie vom Bürgerspitale nach Währing hinauf besteht. Die natürliche Steigung auf dieses Maß zu reducieren, ist aber nur möglich gemacht worden, indem man die Straße so lang gemacht hat. Wenn man die Straße senkrecht auf die Johannesgasse führen würde, wie es der Herr College Gregorig wünscht, so würde die Straße kürzer werden. Wenn man aber die Straße um die Hälfte verkürzt, so würde sich die Steigung um das Doppelte vergrößern, Sie würden eine Straße bekommen, die mindestens 10 bis 12 Percent Steigung haben wird, also ungefähr eine Steigung, wie sie in der Kellergasse in Weinhaus besteht, wo sich die Schule befindet. Ein Wagen könnte in dieser Straße überhaupt nicht hinauffahren.

Die größte Steigung für Ärarialstraßen und zwar in gebirgigem Terrain ist mit 60 pro Mille oder sechs Percent fixiert. Eine größere Steigung ist hier, wo eine frequente Straße ist, überhaupt nicht mehr anwendbar. Bezüglich der Verbauung der Realität E.-Z. 24 ist bemerkt worden, dass eine derartige Steigung der Johannesgasse und Maria Theresiastraße entsteht, welche die Verbauung hindert. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass hier nicht eine geschlossene Verbauung stattfindet, sondern es findet eine Verbauung mit Villen in freistehender Weise statt. Gerade dieser dreieckige Theil eignet sich insbesondere zur Verbauung durch Villen. Wenn mitten in dieser Realität eine Villa hergestellt wird, welche eine hübsche Front hat, so wäre das gewiss nur sehr günstig.

Aus diesen Gründen ist es absolut nicht möglich, die Johannesgasse mit der Maria Theresiastraße anders in Verbindung zu bringen, als es hier geplant ist.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bin von den Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners nicht überzeugt. Ich kenne die Gegend draußen sehr genau (Unterbrechung rechts) — ob einer der Herren Ja oder Nein sagt, ist mir ganz gleichgiltig, ich mache auch keine Bemerkungen. Die Maria Theresiastraße fällt sehr steil ab, und wenn mir ein Herr sagen will, dass, wenn diese Straße oben ausmündet, sich eine niedrigere Höhencote ergibt, als wenn sie senkrecht von der Johannesgasse hinausgeht — das verstehe ich nicht; die gelehrten Herren mögen mir das erklären.

Weiter läst man die Bonygasse auf, welche senkrecht hinaufgeht und regelrechte Bauplätze gibt. Wenn Sie eine schiefe Gasse haben wollen, so münden Sie bei der Bonygasse ein, und Sie bekommen ein geringeres Gefälle, denn je höher man hinaufgeht, desto steiler wird die Straße; unten ist sie weniger steil. Ich kenne die Verhältnisse ganz genau. Also, es ist unrichtig, was da gesagt wird.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich möchte darauf erwidern bezüglich der Austragung der Gefälle &c., so ist das mein Geschäft, das verstehe ich vollkommen. Ich möchte auch auf den Plan hinweisen. Der Herr Vorredner hat gesagt, dass die Maria Theresiastraße ein bedeutendes Gefälle hat. Es sind 28 pro Mille, das sind 2·8 Percent, also eine ziemlich mäßige Steigung, das ist hier vom Bauamte angegeben. Wenn diese Straße dem Herrn Vorredner schon steil vorkommt, wie müsste ihm eine Straße von 60, 80 pro Mille vorkommen? Bei der Maria Theresiastraße sind 28 pro Mille; wenn Sie dies auf die Länge der Straße rechnen, bekommen Sie $^1/_2$ m Steigung.

Gem.-Rath Dobeš: Ich bitte, ich werde sofort die Situation klar machen. Die Maria Theresiastraße in Hetzendorf geht sehr steil bis zur Johannesgasse, wie es hier auch eingezeichnet ist. Von der Johannesgasse hinunter gegen den Weigl ist das Gefälle nicht mehr so scharf, aber dennoch nach rechts liegend; wo College Gregorig die Johannesgasse gerade auf die Theresiastraße wünscht, ist das Niveauverhältnis wenigstens 4°. Die Straße muss die Biegung machen, damit wir Raum gewinnen, um das Gefälle verschwinden zu machen. Wenn man die kurze Linie zieht, würde die Steigung umso schärfer.

Ferner will ich nur betonen, was auch Herr College Gregorig gesagt hat, dass das Fuhrwerk durch die Bonygasse abgeführt werden könnte. Diese Linie und die Baulinienbestimmung sind alle nur problematisch, sie liegen innerhalb des Parkes des Baron Springer. (Rufe links: Ah, der Springer!) Man muss es aber mit Freude begrüßen — ob nun der Park dem oder jenem gehört — dass wir Luftreservoirs bekommen und die großen Gärten erhalten bleiben. Wir von unserem Bezirke haben uns die Sachlage angeschaut; wir können dagegen nichts machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlussworte): Ich habe nur sehr wenig zu erwähnen. Es ist von Seite eines geehrten Herrn Vorredners der linken Seite der Versammlung die Äußerung gemacht worden, dass der Referent eigentlich die Niveauverhältnisse hätte bekanntgeben sollen. Ich berufe mich auf das Zeugnis der näherſitzenden Herren, dass es wahrscheinlich infolge der im Saale herrschenden Unruhe überhört wurde, dass ich erwähnt habe, dass ganz außergewöhnliche Steigungen vorkommen, die geringste mit 28 pro Mille und die größte mit 60 pro Mille.

Ich möchte noch auf einen Umstand aufmerksam machen. Die Maria Theresiastraße gibt nicht nur gegenwärtig, sondern richtiger gesagt, das zukünftige, im Wege des Ausgleiches ermittelte Niveau. Dann wäre noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Die Maria Theresiastraße und die Johannesgasse, wie sie im Plane eingezeichnet sind, haben durchaus nicht das gleiche Gefälle, sondern die eine hat ein weitaus geringeres und die andere ein weitaus größeres Gefälle, so dass durch die Verlängerung der Johannesgasse in der angedeuteten Richtung eine Ausgleichung möglich ist. Ich kann also nichts anderes, als den Antrag des Stadtrathes empfehlen.

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Ich berichtige die Äußerungen des Herrn Gem.-Rathes Müller dahin, dass es ganz unrichtig ist, dass das Gefälle weiter oben in der Nähe des Tivoli geringer sei, als wenn die Johannesgasse gerade geführt wird, nachdem Herr Gem.-Rath Dobeš ausdrücklich erklärt hat, dass dort ein sehr steiles Gefälle ist und die Steigung mindestens um eine Klafter höher ist als bei Einmündung der Johannesgasse, so dass nur durch diese lange schiefe Linie dasselbe Gefälle erreicht werden kann. Alle anderen Gegenäußerungen sind unrichtig.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn die Versammlung zustimmt, bringe ich sämmtliche Anträge unter einem zur Abstimmung. (Zustimmung.) Ich bitte jene Herren, welche den Referenten-Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Die vom Ministerium des Innern genehmigten Baulinien der Johannesgasse, der Grünberggasse und der Maria Theresiastraße, sowie die Niveaux dieser letzteren nach den punktierten Linien werden aufrechtgehalten.

2. Für die Fortsetzung der Johannesgasse durch Ober-Meidling bis zur Maria Theresiastraße werden unter Festhaltung der derzeitigen Straßenmitte beim westlichen Ecke des Pförtnerhauses in der Springer'schen Realität und Annahme eines Abstandes von 7·5 m die schraffierten Linien A B, C D und der Abkappung D E mit 6 m als Baulinie bestimmt.

Die südliche Seite bleibt vorläufig in suspenso.

3. Die Baulinien der Vonygasse, beziehungsweise Radetzkygasse zwischen der Moldauergasse und der Maria Theresiastraße werden vorläufig aufgelassen.

4. Als definitives Niveau gelten die im Plane ersichtlich gemachten Coten.

5. Die Verbauung in der Grünberggasse, der Maria Theresiastraße von der Grünberggasse aufwärts und der Johannesgasse von der Moldauergasse an hat wegen der geringen Baugrundtiefen ohne Vorgärten, jedoch mit villenartigen, einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, welche außer Parterre und Hochparterre nur noch zwei Stockwerke enthalten und mindestens 3 m von der Nachbargrenze abstehen.

22. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1210 zu referieren. Der Katholische Arbeiterverein im III. Bezirke ersucht durch seinen Obmann, den hochwürdigen Domherrn Dr. Krückl, ihm eine Subvention zu gewähren. Ich bemerke, dass dieser Verein noch niemals eine Subvention durch die Gemeinde erhalten hat. Es wird beantragt, demselben pro 1893 50 fl. zu gewähren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Dem Katholischen Arbeitervereine auf der Landstraße wird eine Subvention von 50 fl. pro 1893 bewilligt.

23. Referent Gem.-Rath Matthies: Zahl 2779. Bekanntlich hat im Vorjahre der Gemeinderath beschlossen, dem n.-ö. Gewerbevereine für das technologische Gewerbemuseum eine Subvention von 3000 fl. zu gewähren. Der Verein hat den Rechenschaftsbericht pro 1893 vorgelegt und daran die Bitte geknüpft, es möge ihm auch fernerhin eine Subvention nicht vorenthalten werden. Es ist auch bereits in der Budget-Commission und im Plenum beschlossen worden, hiefür ins Budget 3000 fl. einzustellen, und es wird nun vom Stadtrathe beantragt, dem Vereine pro 1894, 1895 und 1896 eine Subvention von je 3000 fl. zu gewähren, unter der Bedingung, dass alljährlich der Rechenschaftsbericht vorgelegt werde. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Ich habe gegen diese Post schon öfter gesprochen und werde, so oft dieselbe im Gemeinderathe erscheint und ich demselben angehöre, immer als Vertreter der Gewerbetreibenden dagegen sprechen. Dieses technologische Gewerbemuseum ist nur zu dem Zwecke geschaffen worden, um der Großindustrie Kräfte zuzuführen, um den Befähigungsnachweis zu umgehen; nur zu diesem Zwecke, sonst zu gar keinem. Wenn man das Kind beurtheilen will, muss man zuerst die Mutter betrachten, und wer ist die Mutter des technologischen Gewerbemuseums? Der sogenannte n.-ö. Gewerbeverein, eine Versammlung von Capitalisten, Großfabrikanten, die mit dem Gewerbe gar nichts zu thun haben, und wenn Sie die Thätigkeit dieses sogenannten Gewerbevereines beurtheilen wollen, dürfen Sie nur seine letzte Thätigkeit ins Auge fassen, wo dieser Verein gegen alle Interessen der Kleingewerbetreibenden losgegangen ist Wenn man in diesem Museum eine sogenannte Ausstellung für kleine Motoren arrangiert und sagt, das ist für das Kleingewerbe, so ist das rein lächerlich, der kleine Meister kann sich keinen Motor anschaffen, das ist also nur so geflunkert, um für Parteigenossen glänzende Stellungen zu creieren.

Wenn ein solches Museum nothwendig ist und wirklich verdienstvoll wirken soll, dann muss es der Staat in die Hand nehmen, aber dass es einer Parteicoterie in die Hand gegeben und zu einem solchen Unternehmen das Geld der kleinen Steuerzahler herangezogen wird, dagegen muss ich mit aller Entschiedenheit protestieren. Der kleine Gewerbetreibende zahlt gerade so gut Steuer, und hundert kleine Gewerbetreibende zahlen mehr Steuer als ein Großer, weil die Großen überall durchzuschlüpfen verstehen; dem Kleinen sieht man aber in den Magen, der muss zahlen. Ich habe mir übrigens von Leuten sagen lassen, die Arbeiter von drinnen genommen haben, dass sie sie zum Arbeiten nicht brauchen können. Arbeiter im wahren Sinne des Wortes werden dort nicht geschaffen, könnte man sagen, sondern nur eine Art Werkmeister, Leute, welche der Großindustrie dienen, für die aber wir Gewerbetreibende, die wir das Gros der Steuerzahler Wiens ausmachen, gar kein Interesse haben.

Wenn die Großindustrie für sich ähnliche Schulen, ähnliche Arbeitskräfte braucht, dann mag sie in ihre eigenen Taschen greifen und die Schulen erhalten. Ich habe im Landtage dagegen gesprochen und muss auch hier meine Stimme dagegen erheben, dass die nothleidenden Steuerträger dazu herangezogen werden, für das internationale Großcapital mit ihren Steuern beizutragen. Wir haben ohnedies um unsere Existenz zu kämpfen, und ich verwahre mich dagegen, dass wir für einen derartigen Verein etwas hergeben, der nur der Großindustrie dient und mit dem allgemeinen Wesen gar nichts zu thun hat, der nur ein Geflunker für eine Partei ist und nur den Zweck hat, hervorragende Mitglieder dieser Partei zu belohnen. Es haben einzelne Herren 6000 fl. und mehr Gehalt, die hervorragende Parteigänger sind. An der Spitze dieses technologischen Gewerbemuseums haben wir einen Mann, der ein wissenschaftliches Werk veröffentlicht hat, und ich glaube, vier Namenscollegen von ihm haben sich dagegen verwahrt, dass ihr Name mit diesem Namen verwechselt wird, weil er bekannte Grundsätze der Mechanik auf den Kopf gestellt hat — so ähnlich lautet die Erklärung. Und für ein Institut, das von solchen Personen geleitet wird, hat der Wiener Gemeinderath, hat die geehrte Majorität 3000 fl. Ich gratuliere Ihnen zu dem Muthe, einem solchen Institute 3000 fl. zu bewilligen.

Ich werde dagegen stimmen. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Wünsch: Sehr geehrte Herren! Sie haben mich mit der ehrenvollen Aufgabe betraut, in die Special-Commission für die Leitung des technologischen Gewerbemuseums im Namen der Stadt Wien einzutreten. Ich fühle mich daher berufen, einiges in dieser Angelegenheit hier zu sprechen. Wenn man die Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners hört, so muss man

sagen, es ist fast unglaublich, dass so etwas hier im Wiener Gemeinderathe gesprochen werden kann (Lebhafter Beifall rechts), über eine Institution, über deren Vortrefflichkeit und Tüchtigkeit nur eine Stimme (Gem.-Rath Gregorig: In der Judenpresse! — Widerspruch rechts) in der gesammten Stadt Wien und im Auslande in allen Fachkreisen besteht. Es ist unglaublich, dass es möglich ist, eine Institution wie das technologische Gewerbemuseum hier anzugreifen. Und ich muss gestehen, es ist eigentlich traurig, dass es nothwendig ist, ein solches Institut hier zu vertheidigen. (Beifall rechts.) Aber die Ausführungen des Herrn Vorredners sind derartige, dass sie einen gewissen Schatten auf das Institut werfen, welcher möglicherweise, wenn sie hinausgetragen würden, eine falsche Ansicht verbreiten könnten. (Rufe rechts: O nein!)

Ich habe nun, da ich die Ehre habe, der Special-Commission anzugehören, auch Gelegenheit gehabt, in das innere Getriebe und in die innere Verwaltung, in die Fortschritte in pädagogischer und wissenschaftlicher Beziehung Einsicht zu nehmen. Ich bin auch in der Lage, Ihnen Daten zu bringen, die speciell den hier erhobenen Vorwurf, dass das technologische Gewerbemuseum nur der Großindustrie diene, zu widerlegen geeignet sind. Ich habe hier einen Ausweis über die dem Museum bekannten Stellungen, in denen die Abiturienten der einzelnen Unterrichtsanstalten verwendet werden. Die Direction des Museums legt nämlich großen Wert auf die Evidenzhaltung ihrer Schüler und Absolventen, um zu wissen, welche Carrière und welche Lebensstellungen sie erreichen, und um sich demnach ein Urtheil über die Tüchtigkeit und die Erfolge der Ausbildung zu verschaffen. In der I. Section für Holzindustrie — gerade diese war hier den meisten und größten Anwürfen ausgesetzt — in der Fachschule für Möbel- und Bautischlerei waren in den Jahrgängen 1883 bis 1893 62 Absolventen. Davon sind 12 in Verwendung als Werkmeister (Rufe links: Das sagt er ja!), 14 als Vorarbeiter . . . (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich stelle, meine Herren, die Bitte an beide Seiten des Hauses, die Redner nicht zu unterbrechen. Wenn die Herren in geziemender Form ihre Ansichten zum Ausdrucke bringen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Aber ich halte es für ganz unzulässig für eine parlamentarische Behandlung, dass fortwährend störende Zwischenrufe ertönen. Ich bitte also, in aller Ruhe die Debatte zu führen.

Gem.-Rath Wünsch (fortfahrend): Nun, meine Herren, hören Sie weiter! Es ist ja selbstverständlich, dass diese Leute, welche in der höheren Fachschule ausgebildet worden sind, nicht als Hausknechte Dienst finden können; das wird selbst der Herr Vorredner nicht verlangen. In der Praxis, und zwar in der niederen Fachschule für Möbel- und Bautischlerei waren von 32 Absolventen 4, welche das Gewerbe der Tischlerei selbst ausüben — meine Herren, darin werden Sie vielleicht keinen Vorwurf erblicken — und 28, welche als Tischlergehilfen in Verwendung sind. Ich glaube, dass damit der Vorwurf, welcher gemacht worden ist, dass es sich hier ausschließlich um die Vorbildung für die Großindustrie handelt, wohl in glänzender Weise widerlegt ist. Ja, in dieser Weise, meine Herren, könnte ich Ihnen noch eine ganze Reihe von Beispielen nennen.

Wenn aber hier in der Liste auch Männer vorkommen, welche eine höhere Stellung einnehmen, wenn Sie eine Reihe von Directoren, Fabriksleitern hier vorfinden, so glaube ich, dass das nur ein glänzendes Zeugnis für die Kenntnisse ist, welche auch für die geringer Veranlagten und diejenigen, welche geringere Vorkenntnisse haben — denn die Anforderungen im Gewerbemuseum sind nicht so hochgespannte — gefordert werden. Wenn es also hier gelingt, solche Leute auszubilden, so ist das nur ein Beweis, dass der Schulplan, die Lehrkräfte und auch der wissenschaftliche Zustand über alle Zweifel erhaben sind. (Beifall rechts.)

Es ist über die Höhe der Gehalte gesprochen worden. Ja, meine Herren, diejenigen, welche wissen, wie schwer es ist, für Gewerbeschulen Lehrkräfte zu erreichen (Zustimmung rechts), welche wissen, dass man sogar vom Auslande früher Kräfte hereinziehen und jede Forderung bewilligen musste, um nur tüchtige Lehrer zu bekommen, werden sich über die Summen nicht wundern, die übrigens nicht so hoch sind, wie sie der sehr geehrte Herr Vorredner genannt hat.

Thatsache ist es, dass die Ausbildung der Lehrkräfte heute eine solche ist, dass es in den meisten Fällen nicht nothwendig ist, nach dem Auslande zu greifen; unsere Anstalt selbst ist bereits in der Lage, ihre Lehrkräfte heranzuziehen, die Anstalt selbst ist aber eine Musteranstalt für das Ausland geworden. Ich glaube, dass diejenigen Herren, welche mit diesen Fachkreisen bekannt sind, ohnehin das, was ich Ihnen jetzt sage, schon wissen werden, dass nämlich das technologische Gewerbemuseum eine Anstalt ist, nach welcher eine ganze Reihe von Anstalten in Europa und auch außerhalb Europas gegründet worden ist — genau nach diesem Muster oder höchstens ohne bedeutende Abweichungen. Ich kann nur darauf verweisen, dass z. B. die Czechen in Prag als einen ihrer sehnlichsten Wünsche den erklären, eine solche Anstalt in Prag zu besitzen, und ich glaube, den Herren in Prag wird man gewiss nicht den Vorwurf machen, dass sie etwas schaffen wollen, was nicht dem allgemeinen Besten und dem wirtschaftlichen Aufschwunge ihres Landes dienen könnte.

Ja, meine Herren, wenn Sie heute immer darauf verweisen, dass es ein Unglück ist, wenn Kräfte für die Großindustrie herangebildet werden, dann muss ich sagen, dass es sehr zu beklagen ist, wenn solche Stimmen noch laut werden können. Leider sind die Zeiten heute derartige, dass sich die Industriellen ja fast fürchten müssen, irgendeinen Anspruch an die öffentliche Verwaltung zu stellen. Der Industrielle ist nur gewohnt, auf allen Seiten Angriffen zu begegnen; von der Verwaltung, von oben hat er fast gar keinen Schutz, von unten herauf wird er angegriffen; das Schlagwort des Tages ist „Nieder mit der Industrie, hoch das Kleingewerbe!" Wenn Sie auf eine Zeit von 20, 30 Jahren zurückblicken und verfolgen, was in politischer Beziehung geschehen ist, so werden Sie sehen, dass da andere Principien aufgestellt waren, damals hat man die Blüte des Staates und den Wohlstand des Volkes mit der Industrie auf das engste verwachsen gefühlt und demjenigen, welcher für die Industrie gesprochen hat und für die Industrie thätig war, hat man Dank gewusst und von dem hat man gewusst, dass er etwas für das Wohl des Staates thut. Thatsächlich sind die größten Steuerträger des Staates auch die Industriellen.

Ich habe bei dieser Gelegenheit nur diese Worte einflechten wollen. (Bravo! rechts.)

Dass die Subvention von 3000 fl. gewiss nur ein Ausdruck der Anerkennung der Thätigkeit ist (Beifall rechts), das glaube ich, meine Herren, wird jeder von Ihnen fühlen. Denn das technologische Gewerbemuseum hat ein Jahresbudget von 127.000 fl. und weist nach dem Präliminare pro 1894, welches mir hier

vorliegt, einen Ausfall von 6000 fl. aus. Sie sehen also, dass das Museum wohl auch auf diese Summe nicht ansteht, dass aber das Museum, welches aus Bürgerkräften heraus geschaffen worden ist, heute imstande ist, mit einem Budget von 127.000 fl. zu blühen und zu wachsen. Das, meine Herren, ist wohl der schönste Beweis des Bürgersinnes der Wiener Bürger, und darüber noch einen Vorwurf zu erheben, das, meine Herren, ist mir unverständlich. (Beifall rechts.)

Wenn Sie die Action für das Kleingewerbe, welche eben sich im technologischen Gewerbemuseum abspielt, wie der Herr Vorredner sagt, als eine Lächerlichkeit bezeichnen, so gestehe ich, dass mir überhaupt die Beurtheilung für derartige Verhältnisse vollständig abgeht. (Rufe links: Das ist wahr!) Ich habe Gelegenheit gehabt, jetzt aus Anlass des Allerhöchsten Besuches auch diese Ausstellung der Maschinen für das Kleingewerbe mit zu besuchen und ich kann nur sagen, dass diese Ausstellung und diese Action, welche über Beschluss des Abgeordnetenhauses eingeleitet wurde, da das Abgeordnetenhaus, wie Ihnen bekannt ist, einen namhaften Betrag für die Unterstützung des Kleingewerbes votiert hat, wirklich heute schon ihre erheblichen Früchte trägt. Dass der Kleingewerbetreibende sich mit dem Gedanken wird vertraut machen müssen, sich nach und nach mit der kleinen Maschine zu beschäftigen, das, meine Herren, glaube ich, ist die einzige Lösung, welche dem Kleingewerbetreibenden überhaupt in Zukunft noch die Möglichkeit einer Existenz geben wird, denn die Zustände, wie sie heute durch die Industrie geschaffen worden sind, sind — das gebe ich ja zu — für die Kleingewerbetreibenden außerordentlich drückend, und nur in der Ergreifung des Fortschrittes in der Technik und in den Verbesserungen der Maschinen, glaube ich, liegt das Heil des Kleingewerbes. Das hat auch das Abgeordnetenhaus ganz richtig erkannt und das Unterrichtsministerium hat das technologische Gewerbemuseum mit dieser Aufgabe betraut. Heute schon große Erfolge davon zu erwarten, das wäre zu viel verlangt. Die Sache ist erst seit anderthalb Jahren instruiert und es sind jetzt erst gewissermaßen die vorbereitenden Schritte gethan.

Das technologische Gewerbemuseum ist aber nicht bloß eine Anstalt, welche Unterrichtszwecken zu dienen hat. Ich glaube, diese Auffassung ist ja ganz unrichtig. Nach dem Programme, welches ursprünglich bei Schaffung dieses Institutes zugrunde lag, war es geplant, eine nach Industriegruppen getrennte Anstalt zu gründen, welche der Industrie und dem Gewerbe durch die Forschungen, welche sie auf dem Gebiete der Technik anstellt, zu Nutz und Frommen kommen soll. Es zerfällt daher die Aufgabe des technologischen Gewerbemuseums in zwei Gruppen: die eine ist der Unterricht, die andere aber ist die wissenschaftliche Forschung, die Versuche, die Experimente; es sind die Proben, welche in allen einzelnen Fächern mit Materialien und Maschinen angestellt werden, und es ist endlich ihre Aufgabe, dahin zu wirken, dass die Errungenschaften des Fortschrittes auch allgemeine Verbreitung finden, und zwar theilweise im Wege der Publicistik, theilweise dadurch, dass die unmittelbare Berührung mit dem Gewerbe gesucht und gefunden wird. Die Aufgabe des Museums bloß darin zu erblicken, dass es eine Schule ist, ist einseitig und zeigt dies, dass der Herr Vorredner die Aufgabe des Museums nicht richtig studiert hat.

Nun, meine Herren, ich bin nicht berufen, hier ein Urtheil über die Persönlichkeit abzugeben, welche das Museum leitet. Ich muss aber offen gestehen, dass die Erfolge des Museums so großartige sind, dass über die Leitung des Museums in Fachkreisen nur eine Stimme besteht. Was außerdem der Leiter des Museums in politischer Hinsicht leistet, welche hervorragende Stellung er einnimmt, das wissen die Herren alle. Er ist auch Abgeordneter der Stadt Wien und er besitzt auch das Vertrauen seiner Mitbürger. Dem geehrten Herrn Vorredner möchte ich aber doch rathen, in seinem Urtheile über solche Persönlichkeiten etwas vorsichtiger zu sein. Damit schließe ich und bitte Sie, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Der geehrte Herr Vorredner kann versichert sein, dass der Dank für seine jetzigen Ausführungen in den morgigen Blättern nicht ausbleiben wird, dass ich aber auf einen Dank, von dieser Presse gezollt, gewiss nicht das geringste Gewicht legen würde. Der geehrte Herr Vorredner hat damit begonnen, dass es ihm unglaublich erscheine, dass hier ein Gewerbetreibender gegen diese Subvention auftritt. Wissen Sie, geehrter Herr Vorredner, mir ist es unglaublich, dass von Ihnen hier seit Jahren der wirtschaftliche Aufschwung prophezeit wird. Vor einigen Wochen aber haben wir gelesen, dass die socialen Verhältnisse derart traurige sind, dass 55 Percent der Erwerbsteuer nicht eingehen und die oberste Finanzbehörde den Magistrat aufforderte, bei der Steuereintreibung strenger vorzugehen. Gar so unglaublich ist das also nicht.

Der unmittelbare Vorredner von seinem Standpunkte als Großindustrieller mag recht haben, wenn er die Subvention bewilligt, wir Kleingewerbetreibende sind ganz entschieden dagegen. Der Herr Vorredner hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Prager (Gem.-Rath Gregorig: Welche? die orientalischen?) glücklich wären, eine derartige Anstalt zu besitzen. Das wundert mich nur, dass der geehrte Herr Vorredner den Muth hat, seine Partei mit der jungtschechischen zu vergleichen, denn das ist thatsächlich eine volkswirtschaftliche Partei, die den kleinen Mann im Munde führt und den großen im Herzen hat, wie es die liberale in den parlamentarischen Körperschaften thut. Denn Ihre Vertreter sind vor der Wahl socialreformatorisch, und wenn sie das Mandat innehaben, sind sie großcapitalistisch und freimaurerisch. (Beifall links.) Der Herr Vorredner erwähnte weiter die großen Verdienste, die die Anstalt hat, er hat uns aber gleich darauf erklärt, dass 28 Gehilfen aus der Anstalt hervorgegangen sind. Ich erlaube mir da doch die Frage, was kosten diese 28 Gehilfen? Wenn der n.-ö. Landtag eine namhafte Subvention jährlich gewährt, wenn der Wiener Gemeinderath jährlich 3000 fl. gewähren soll, so kommt so ein Gehilfe ziemlich theuer, und wenn man hört, dass er in der Praxis nicht zu verwenden ist, so ist es besser, ein derartiger Gehilfe macht eine tüchtige Gewerbeschule mit und ist in der praktischen Lehre bei einem kleinen Meister, weil er bei diesem praktisch arbeiten lernt. Der Herr Vorredner meint, dass sich die 10.000 fl. schon fühlbar machen, welche die Regierung und das Parlament zur Anschaffung von Motoren bewilligt haben. Nun, damit werden Sie nicht viel für das Kleingewerbe erzielen. Da muss der Hebel wo anders angesetzt werden, glauben Sie mir sicher, und da wäre es Ihre Sache — Ihre Partei ist ja im Coalitions-Ministerium vertreten — einen Befähigungsnachweis zu schaffen, der nicht zu umgehen ist, so dass jeder, der ein Gewerbe ausübt, es auch gelernt und praktisch sich darin bethätigt haben muss. (Beifall links.) Es hat der geehrte Herr Vorredner, wie schon bemerkt, ein Loblied auf den Herrn Hofrath Exner gesungen. Da dürfen Sie in unserem Bezirke und auch im Tullner Landgemeindenbezirke nicht fragen. (Rufe rechts: Das glaube ich!) Ja, ganz gewiss, und ich

werde Ihnen sagen, warum. Erinnern Sie sich an die Wählerversammlung in Währing, wo Herr Hofrath Exner von den Gewerbetreibenden scharf gepackt wurde, er möge endlich für das Kleingewerbe eintreten? Erinnern Sie sich der Antwort dieses Vertreters der Weinbautreibenden, welche zu wiederholtenmalen bittlich aufgetreten waren? Was hat Herr Hofrath Exner während seiner Thätigkeit geleistet, was thut er jetzt? Heute ist er bei derjenigen Partei, welche den Tanz ums goldene Kalb forciert, welche bei der Valutaregulierung und bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, dass sie nur ein Herz für das Großcapital hat. Uns werden Sie damit nicht überzeugen. Wenn der geehrte Herr Vorredner als Mitglied der Anstalt nichts anderes aufzuweisen vermag, als dass, nachdem unzählige Tausende jedes Jahr für die Anstalt verwendet werden, 28 Arbeiter aus derselben hervorgegangen sind, so halte ich es für meine Pflicht, und halte es gar nicht für unglaublich, gegen die Subvention zu stimmen, und ich stimme gegen jede Subvention, solange Hofrath Exner Director dieser Anstalt bleibt, welche für den Kleingewerbetreibenden so ziemlich noch nichts geleistet hat. (Beifall links.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere lebhaft, dass mir das Wort nicht ertheilt worden ist vor der Rede des Gem.-Rathes Steiner. Ich habe mich persönlich beim Vorsitzenden gemeldet. Ich glaube nicht, dass Sie Lust haben werden, wieder eine Debatte heraufzubeschwören, die wir schon oft und vergeblich hier geführt haben. Ich glaube, es ist besser und würdiger, wenn wir auf solche Schlagworte, wie sie hier abgegeben worden sind, nicht antworten. Sie überzeugen diese Herren nicht, weil sie nicht überzeugt sein wollen. Ich berufe mich auf die ausgezeichneten Ausführungen des Redners dieser Seite (rechts) und beantrage ohne weitere Begründung Schluss der Debatte. (Gem.-Rath Steiner: Die Begründung war lang genug!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Stehlik, Gregorig, Dr. Klotzberg, Sebastian Grünbeck, Dr. Friedjung, Dr. Mittler und Lang.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich glaube der Sache wirklich einen Dienst zu erweisen, wenn ich bitte, sofort zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Ironischer Beifall links; Rufe: Geradeso wie im Parlamente! — Die Kleingewerbetreibenden werden Ihnen schon heimleuchten!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Solche Ausdrücke dürfen nicht gebraucht werden. Es hat jeder das Recht, solche Anträge zu stellen.

Es ist beantragt worden, es möge zur Wahl von Generalrednern geschritten werden. Ich bitte die Herren, die zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Über Aufruf des Vorsitzenden erklären sich die Herren Gem.-Räthe Stehlik, Gregorig, Sebastian Grünbeck und Steiner contra, und die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Friedjung, Dr. Mittler und Lang (Gelächter) pro. (Gem.-Rath Steiner ruft: Vertreter der Gewerbetreibenden! Deutsche Laute hört man wieder!) Darf ich um Ruhe bitten.

Die Herren Gem.-Räthe Stehlik, Gregorig, Sebastian Grünbeck und Steiner werden gebeten, einen Generalredner zu wählen; desgleichen die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Friedjung, Dr. Mittler und Lang. (Nach einer Pause:)

Zu Generalrednern sind gewählt: pro Herr Gem.-Rath Dr. Mittler, contra Herr Gem.-Rath Gregorig. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Mittler.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Meine geehrten Herren! Es waren gerade die letzten Redensarten des Herrn Vorredners, welche die Richtung gekennzeichnet haben, in welcher sich die Opposition gegen den Stadtraths-Antrag bewegt. Sein Hauptargument war berechnet für seine Partei, indem er erklärte, so lange Hofrath Exner an der Spitze dieses Unternehmens stehe, dürfe für dasselbe eine Bewilligung welcher Art immer nicht erfolgen. Ja, meine Herren, das ist der wirkliche Kernpunkt der Frage für die Herren, denn sachliche Momente stehen ihnen, wie Sie heute gehört haben, nicht zur Verfügung. Nur weil eine Persönlichkeit an der Spitze des Unternehmens steht, auf welche sich der Hass der gegnerischen Partei concentriert, nur deshalb wird bei jeder Gelegenheit gegen eine Institution gesprochen, von deren segensreichem Wirken man überall im Auslande spricht. Es ist kein günstiges Zeichen unserer Zustände, dass gerade jene Institutionen und Einrichtungen, welche im Auslande Staunen erregen, welche dort Nachahmung hervorrufen, auf welche die ganze gebildete Welt als auf ein Beispiel sieht, von mancher Seite, hier in diesem Hause von der Opposition, mit allen möglichen Argumenten verfolgt und unmöglich zu machen versucht werden. Es hat der Herr Gemeinderath aus dem VII. Bezirke auch angeführt, dass dieses Unternehmen eigentlich nur bestehe, um den Befähigungsnachweis zu umgehen. Auf der anderen Seite hat er aber wieder gesagt, dass es sich um die Heranbildung von Arbeitern für das Großcapital handle. Hier ist doch ganz deutlich ein Widerspruch. Es kann dies doch nicht richtig sein; denn ein Fabriksarbeiter braucht bekanntlich keinen Befähigungsnachweis, und es ist also nicht einzusehen, warum dort Industriearbeiter zur Umgehung des Befähigungsnachweises herangebildet werden. Der unmittelbare Herr Vorredner hat sich auch darüber moquiert, dass Herr Gem.-Rath Wünsch constatierte, dass im technologischen Gewerbemuseum 28 Gehilfen ausgebildet wurden. Da ist doch eine kleine Unrichtigkeit unterlaufen. Diese 28 Gehilfen sind aus einer einzigen Gruppe hervorgegangen, nämlich aus den Holzarbeitern und Tischlern, und es geht aus dem Jahresberichte hervor, dass im ganzen 800 Arbeiter herangebildet wurden.

Die 28 Arbeiter sind also nur aus einer Gruppe, was ich nochmals hervorhebe, ausgebildet worden, und es ist daher die Berechnung, welche der Herr Vorredner angedeutet hat, dass diese 28 Arbeiter, welche aus dem technologischen Gewerbemuseum hervorgiengen, so viele tausend Gulden kosten, von vornherein nicht richtig.

Auf der anderen Seite sagt wieder Herr Gem.-Rath Gregorig, dass er gehört habe, die Arbeiter, die dort hervorgehen, seien nicht zu brauchen. Ja, da finden wir uns gleichfalls einem Widerspruche gegenüber; wenn diese Arbeiter nicht zu brauchen sind, dann sind sie auch keine Gefahr für das Kleingewerbe, dann haben Sie sie nicht zu fürchten; wir aber von unserer Seite (rechts) behaupten, dass diese Arbeiter zu brauchen sind, dass sie sogar die tüchtigsten sind, weil sie eine Vorschule genossen haben, die sie ganz besonders befähigt, sich in gewissen Gewerben und Industrien zu verwenden. Es gibt ja bekanntlich eine ganze Serie von Berufen unter den Arbeitern, welche erfordern, dass das einzelne Individuum wo möglich, wenn auch nur in geringem Maße, eine wissenschaftliche Vorbildung genieße, mit gewissen physikalischen und chemischen

Gesetzen vertraut werde, damit es künftig mit größerer Intelligenz vorgehen könne.

Wenn es gestattet ist, möchte ich noch Folgendes sagen — ich weiß zwar nicht, ob ich mich dadurch nicht Persecutionen der Herren aussetze — aber das Hauptgebrechen, die Hauptursache des wirklich bedauernswerten Standes unseres Kleingewerbes ist eben, dass demselben in mannigfacher Beziehung die nothwendige Intelligenz abgeht.

Wenn die Handwerker eine genügende Vorbildung genießen werden, wenn dieselben manche Zeit, die sie jetzt anderweitig verwenden, dazu verwenden werden, um mit den Fortschritten der Wissenschaft bekannt zu werden, wenn auch nur in dem geringen Maße, auf welches in diesen Kreisen reflectiert werden muss, dann wäre die Sachlage immerhin besser. Sehen Sie, geehrte Herren, in Deutschland macht man sich nicht — auch nicht einmal von der Seite, der der Herr Vorredner angehört — darüber lustig, dass man den Gewerbetreibenden Gelegenheit bietet, sich billige Motoren anzuschaffen. In Deutschland hat sich in jeder größeren Stadt eine solche Gesellschaft gebildet, welche ihren Beruf darin erblickt, den kleineren Meistern Motoren zu verschaffen.

Wenn der geehrte Herr Gemeinderath aus dem VII. Bezirke meint, dass ein einzelner Kleingewerbetreibender nicht imstande ist, einen solchen Motor sich zu beschaffen, so möchte ich zunächst bezweifeln, dass bei einer geordneten Wirtschaft unter den zahllosen Erleichterungen, welche den Kleingewerbetreibenden angeboten werden, es ihm nicht möglich ist, einen solchen Motor zu beschaffen.

Es wäre aber jedenfalls möglich, dass zwei oder drei miteinander — das ist ja meiner Ansicht nach der sympathischeste Zug der kleingewerblichen Bewegung, dass ein großes Zusammenhalten stattfindet — sich einen Motor anschaffen; und es wird eine Zeit kommen, wo jeder von ihnen einen solchen Motor haben kann, vielleicht auch einer mehrere. Dieser Betrag von 10.000 fl., der hier lächerlich gemacht wurde, ist ja nur der erste Schritt. Es wurde ausdrücklich erklärt, dass es nur ein Versuch sei. Leider hat der Kleingewerbestand diesen Versuch nicht in jener Weise aufgenommen, wie es wünschenswert wäre. Ich erinnere an die Klagen, die im Reichsrathe darüber laut geworden sind, dass man lange Zeit überhaupt darauf warten musste, bis irgendein Kleingewerbetreibender um einen solchen Motor sich beworben hat. Das ist nicht eine Folge der Auffassung, die sich geltend macht, dass die Herren glauben, ein Motor könne ihnen nicht helfen, sondern das ist gewissermaßen ein Trotz im Kleingewerbestande, welcher durch gewissenlose Agitationen hervorgerufen wird, welche die Leute, statt sie aufzuklären und vorwärts zu führen, von ihrem wirklichen Interesse ablenken und sie in einen verblendeten Trotz gegenüber anderen Schichten der Gesellschaft hineinhetzen, aus welchem es gar keinen Ausweg gibt. Wenn die Kleingewerbetreibenden lernen werden, harmonisch nach den heutigen Verhältnissen und Möglichkeiten in die fortschrittliche Bewegung des wirtschaftlichen Ganzen sich einzufügen, dann wird für sie die Aufgabe des Heiles möglich sein. Sie werden für sich etwas aus dem großen Kampfe retten können. Wenn sie aber in der Passivität verharren und gegen alles sich abschließen, was man ihnen gibt oder erst geben wird, wenn sie es dringend verlangen, dann werden sie einfach — es ist eine traurige Perspective, die sich da eröffnet — dem Untergange entgegengehen. Ich will nicht sagen, dass sie zugrunde gehen müssen, aber wenn sie die Politik befolgen wie heute, so werden sie sicher zugrunde gehen.

Ich will in Kürze noch Folgendes bemerken: Es gibt zweierlei Stimmungen auf der Gegenseite, eine subventionslustige Stimmung, welche manchmal platzgreift, eine Stimmung, wo man mit vollen Händen geben will, selbst geben will, was gar nicht verlangt wird, wo man mit einem Worte nobel ist und spendiert. Dann gibt es wieder Tage, wo man das Interesse der Steuerträger herauskehrt und sagt: Wir haben über das Geld der Steuerträger zu wachen, von dem darf kein Kreuzer hinausgegeben werden.

Ich habe die Beobachtung gemacht — und ich bin ein ziemlich aufmerksamer und, ich glaube, auch leidenschaftsloser Beobachter der Dinge — dass es gerade diejenigen Aufgaben sind, welche nicht besonders productiv sind, die Sie oft in Schutz nehmen. Sie nehmen sie aus gewissen localpatriotischen Gesichtspunkten in Schutz, und weil Sie damit gewissen Humanitätsideen zu dienen glauben. Es gibt aber eine doppelte Humanität: diejenige, welche sich damit begnügt, eine Wunde einfach zu verkitten und vernarben zu machen, welche den Krankheitsprocess besänftigen will, indem sie dem Armen, Bedürftigen, Verwahrlosten etwas zuwendet. Es gibt aber auch eine wirklich volkswirtschaftliche Humanität, welche nicht das Gepräge des Schenkens an sich trägt und doch weit größere Dienste leistet, als das Gaben-überreichen, das einfache Schenken, ohne irgendeine Gegenleistung dafür zu verlangen.

Wir verlangen, wenn wir das technologische Gewerbemuseum unterstützen, wenn wir ihm 3000 fl. geben, eine Gegenleistung, die nicht uns direct zugute kommt, sondern dazu führt, dass Einzelne unserer heranwachsenden Jugend zu einem bestimmten Berufe tüchtig herangebildet werden. Das ist die richtige, wirtschaftliche Humanität, diese sollten wir ausüben.

Ein Institut, wie das technologische Gewerbemuseum, welches nicht nur den Interessen des Kleingewerbestandes als solchem dient, sondern welches auch nach außen hin ein Leuchtthurm unserer industriellen wirtschaftlichen Thätigkeit ist, welcher von der ganzen Welt gesehen wird, dessen Fortschritte jeden einzelnen Mitbürger der Stadt mit Stolz erfüllen müssen, dürfen wir nicht desavouieren, wie es geschehen würde, wenn der Antrag der Opposition angenommen würde.

Was würde ein solcher Ausspruch der Gemeinde für eine Wirkung haben? Er würde der einfache Ausdruck dafür sein, dass diejenige Gemeinde, in deren Mitte sich dieser Thurm wirtschaftlicher und industrieller Thätigkeit erhebt, zum Resultate gekommen ist, dass dieses Institut nichts leistet, eine Unterstützung nicht verdient.

Ich glaube, dass das ein ungerechter Spruch wäre, und ich würde bitten, über Parteiunterschiede hinweg, die segensreichen Wirkungen dieses Institutes im Auge behaltend, den Antrag des Stadtrathes zu unterstützen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe früher erwähnt, dass, wenn das technologische Gewerbemuseum wirklich nothwendig ist und thatsächlich Gutes leistet, nicht eine einzelne Körperschaft dazu berufen ist, dasselbe zu erhalten, sondern dass es dann Sache des Staates ist, eine derartige Anstalt zu führen und in eigener Regie zu erhalten.

Der erste Herr Vorredner hat gesagt, dass in dieser Anstalt hauptsächlich Geschäftsführer herangebildet werden, und dabei hat er erwähnt, es haben sich dort eine Menge Tischler ausgebildet. Ja, meine Herren, was sind das für Tischler, die da herangebildet werden? Verdienen diese wirklich den Namen Tischler? Nein, der

eine macht Möbeln, der andere Fenster, der dritte Thüren u. s. w. Das sind ja einseitige Geschäftsleute. (Gelächter und Widerspruch rechts.) Unter einem Tischler verstehe ich jemanden, der alle Tischlerarbeiten machen kann. Ja, meine geehrten Herren, durch das Geschrei, in welches Sie jetzt ausgebrochen sind, haben Sie Ihre intimsten Gedanken verrathen. Es passt Ihnen nicht, dass Sie universell gebildete Arbeiter haben, sondern der einzelne Arbeiter soll lediglich eine Maschine, eine todte Maschine sein.

Ein Arbeiter, der nur Tische oder nur Fenster oder Sessel machen kann, der ist Ihr Werkzeug; den kann der Großindustrielle, der Möbeltischler, der Baumeister ausbeuten; für diesen ist er ein Werkzeug, ein Sclave. Bei einem gewöhnlichen Tischlermeister lernt ja der Lehrjunge alle möglichen Arbeiten und er wird nicht einseitig. (Ruf rechts: O nein!) Ein geehrter Herr ruft mir zu: O nein! Theilweise hat er recht, weil das Gewerbe durch Ihre Thätigkeit nach mancher Seite hin schon so tief gesunken ist, dass der Arbeiter nur zum Knecht des Einzelnen herangebildet wird. Aber derjenige, der z. B. bloß Fensterstöcke macht, ist in meinen Augen kein Tischler mehr, sondern der Sclave anderer, er kann keine anderen Arbeiten machen. Soll mir z. B. solche Pulte, wie sie hier sind, ein Bautischler machen! Er wird es nicht imstande sein. Das ist unser Ideal nicht, wir wollen einen vollkommen gebildeten Arbeiterstand, und daher ist es ganz unrichtig, wenn der Herr Vorredner sagt, dass wir gegen die Bildung der Arbeiter sind. Nein, wir sind für die Bildung in dem Sinne, dass sich jeder einzelne selbständig fortbringen kann, dass auch der kleine Mann mit wenig Geld Meister werden kann. Aber das ist Ihr Ideal nicht! Sie sagen, es fehlt unseren Arbeitern die Intelligenz. Ja, meine Herren, es kommt nur darauf an, wie man das Wort „Intelligenz“ auffasst. Unsere Gewerbetreibenden sind z. B. noch nicht so intelligent, um zu erfassen, dass der Liberalismus ihnen helfen kann; sie haben eben andere Ideale und andere Ansichten. Und dann wollen Sie den Gewerbetreibenden wissenschaftlich bilden? Wann wollen Sie denn das thun? Der arme Tischler, der am Samstag von einem jüdischen Möbelhändler zum anderen hausieren gehen muss, um nicht hungern zu müssen, wann hat der Zeit? Das sind alles nur Schlagworte, die undurchführbar sind. Der geehrte Herr Vorredner hat uns auch erzählt, dass sich in Deutschland Gesellschaften gebildet haben, um Motoren für die Kleingewerbetreibenden anzuschaffen. Das ist richtig; auch hier versucht man es ja, aber derjenige, der einmal einen solchen Motor hat, arbeitet nicht mehr für Kunden, sondern er ist wiederum abhängig von dem Großhändler u. s. w. Mit dem Motor für Kunden arbeiten, das gibt's gar nicht. Wer von unseren Tischlern kann sich einen Motor anschaffen, und wenn der geehrte Herr Vorredner von dem Zahlungsmodus spricht, warum war die liberale Partei im Reichsrathe gegen das Ratengeschäft? Da liegt der Has' im Pfeffer, da hat man die Sache verdreht, die wirklichen Thatsachen auf den Kopf gestellt. Man hat gesagt, das Ratengesetz nützt den Leuten. Das ist nicht wahr. Das Ratengeschäft, wie es ursprünglich war, war thatsächlich von Nutzen. Der Kaufmann war berechtigt, seine Ware entweder gegen bar oder zu bestimmten Zahlungsterminen abzugeben. Aber mit dem Momente, wo der Käufer die Ware kaufte — ob er nun bar bezahlte oder in Raten kaufte — war er Eigenthümer des Gegenstandes. Nicht der Käufer begab sich da eines Rechtes, sondern der Verkäufer begab sich des Rechtes, sein Geld augenblicklich zu fordern. Nach dem Modus, wie er eingerissen ist, ist der Gegenstand, wenn er gekauft wird, nicht Eigenthum des Käufers, sondern bleibt bis zur Bezahlung Eigenthum des Verkäufers. (Rufe: Das gehört nicht zur Sache!) Das gehört zur Sache. Es gehört zur Erklärung dessen, was der Herr Vorredner gesagt hat. Er hat die Vortheile des Zahlungsmodus klargestellt, ich lege die Schattenseiten desselben klar. Nach dem Zahlungsmodus, wie er jetzt eingerissen ist, wird derjenige, der den Gegenstand auf Abzahlen kauft, vogelfrei. Denn, kann er eine Rate einmal nicht zahlen, und hätte er nahezu den ganzen Betrag schon bezahlt, so wird ihm der Gegenstand weggenommen und alle Raten sind verfallen. Solche Zustände gefallen mir nicht. Doch es gibt Leute, die einen solchen Zustand in den Himmel gehoben und dagegen protestiert haben, dass der Reichsrath das Gesetz beschlossen hat.

Wenn der geehrte Herr Vorredner von gewissenlosen Agitationen gesprochen hat, die von gewissen Leuten betrieben werden, so stimme ich ihm zu. Es gibt gewissenlose Agitationen, aber diese werden nicht von den Gewerbetreibenden betrieben, sondern die gewissenlose Agitation, die überhaupt in Österreich betrieben wird, wird von anderen betrieben, vor allem aber von der Judenpresse. Und wenn Sie das beobachten wollen, so finden Sie da ein Muster von Niedertracht. Lesen Sie die Presse der letzten Tage, wie sie über die ungarischen Zustände geschrieben haben, wie sie gegen den Monarchen gewühlt haben, wie ein Blatt geschrieben hat: „Entweder — oder“; das ist eine Frechheit sondergleichen. Entweder Ehegesetz oder Revolution! So geht es zu. Das ist eine Agitation, anders als die, die uns vorgeworfen wird. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss den Herrn Redner bitten, die Allerhöchste Person ganz aus der Debatte zu lassen und gefälligst zum Gegenstande unserer Debatte zurückzukehren. (Rufe links: Wir waren ruhig!)

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend:) Ich habe nicht die Allerhöchste Person in den Kreis meiner Besprechung gezogen, sondern die Niederträchtigkeit der Judenpresse. Ich verwahre mich dagegen, vielleicht hat mich der Herr Vice-Bürgermeister unrichtig verstanden, aber es fällt mir nicht ein, die Hochachtung gegen Seine Majestät zu verletzen. (Unruhe rechts. Rufe links: Wir haben doch ganz ruhig zugehört!)

Es hat der geehrte Herr Vorredner von jener Seite gesagt, das Ausland ist begeistert von den Leistungen des technologischen Gewerbemuseums.

Nun, es gibt Kreise, die von allem Möglichen begeistert sind, und wenn man das Lob, das die gewisse Presse über alle liberalen Institutionen stets im Munde führt, draußen liest, so glaubt man, es ist wahr. Man glaubt ja auch, dass die Beschimpfungen, die gegen mich in den Blättern stehen, wahr sind, dass ich ein schlechter Kerl bin, wie es die verlogene Judenpresse gebracht hat. Es hat geheißen: wir holen uns unsere Muster aus dem Auslande.

Ich weiß zum Beispiele eine Staatsanstalt, zu der hat man auch das Muster einer Lehrerin aus dem Auslande geholt und was ist geschehen? Die Arbeiten, die an dieser Musterschule gemacht worden sind, geleitet von einer Ausländerin, von Ihrem Ideale — meine Ideale sind die Österreicherinnen — diese Arbeiten sind für ein großes Haus nach Mühlhausen hinausgegangen und daselbst wurde ein Buch herausgegeben über Frauenarbeiten, die an unserer Kunstgewerbeschule gearbeitet worden sind. Was sagen Sie dazu? Wir Österreicher zahlen Steuer dazu, von unserem Gelde wird die Schule erhalten und ausländische Firmen brüsten sich,

dass die Arbeiten, die bei uns gemacht werden, dort erzeugt werden und als Muster für die ganze Welt gelten. (Unruhe rechts.) Der Herr College Frauenberger wird das nicht verstehen, das hat ja mit Tapeten nichts zu thun. Wenn er unterbricht, kann ich nichts dafür. (Gem.-Rath Strobach: Er kann hinausgehen, wenn's ihm nicht passt!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Strobach, ich bitte! (Unruhe links. — Gem.-Rath Strobach: Wo ist die Bildung, die Intelligenz?) Ich habe sämmtliche Herren gebeten, die Debatte in Ruhe zu führen. Ich wiederhole diese Bitte. (Gem.-Rath Strobach: Wir haben ruhig zugehört!) Herr Gem.-Rath Strobach, ich bitte sich zu beruhigen.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Wenn der Herr Frauenberger so unangenehm berührt ist, ich thue ihm ja nichts, er hätte ja auch sprechen können, wenn er nicht Schluss der Debatte und sofort auch Wahl von Generalrednern beantragt hätte. Er hätte mich widerlegen können. So rächt sich das. Er ist halt hineingefallen. Da er nicht erwidern kann, muss er in Zwischenrufen antworten. Das ist die Frucht der bösen That. (Heiterkeit.)

Ein Herr hat gefragt, ob es ein Unglück ist, wenn Kräfte für die Großindustrie herangebildet werden. Das ist nicht der Fall. Sie soll ihre Rechte haben, aber die Kleingewerbetreibenden sollen's nicht zahlen müssen. Wenn er ruft: „Hoch das Kleingewerbe!" so stimme ich in diesen Ruf ein. Ich bitte, was haben wir von der Großindustrie heute? Heute ist die Großindustrie, abgesehen von einigen ehrenwerten Ausnahmen, im großen und ganzen sehr schlecht bestellt. Schauen Sie einmal, wo heute in einem Artikel eine große Fabrik arbeitet, von dem Umsatze haben früher tausende von Gewerbetreibenden gelebt, tausende von Familien sich anständig ernährt, die Kinder sind ordentlich erzogen worden. Während heute ein einziger Jude verdient, müssen die Armen, die Gewerbetreibende waren, die Sclaven desselben sein. Darum bin ich, wie in vieler Beziehung, so auch deshalb ein Freund der Arbeiter, weil vielleicht tausende von Arbeitern, die gegen das Großcapital gehen, selbständige Gewerbetreibende wären, wenn die socialen Verhältnisse nicht beständen, die wir haben. (Rufe rechts: Sie wollen es selbst nicht!)

Ein Herr hat uns vorgeworfen, wir sprechen nur deshalb gegen das technologische Gewerbemuseum, weil ein Mann an der Spitze steht, gegen welchen wir allen möglichen Hass haben. Meine Herren! Hass? Nein! Wir haben keinen Hass! Was soll aber der Stand der Gewerbetreibenden von einem Manne halten, der als Director des technologischen Gewerbemuseums die Korbflechtschule eingerichtet und der die Korbflechter damit zugrunde gerichtet hat! Hofrath Exner hat eine Möbelschule in Idria eingerichtet, die mit unseren Tischlern concurriert, Hofrath Exner hat die Perlmutterindustie ins Riesengebirge versetzt und hat unsere Perlmutterdrechsler zugrunde gerichtet. Die sind alle durch die Thätigkeit des verehrten Hofrathes Exner zum Hungerleiden verdammt. (Widerspuch rechts.)

Das ist wahr, unsere Leute leiden Hunger. Der Herr Hofrath Exner hat vom technologischen Gewerbemuseum 6000 fl. Gehalt. Das ist recht angenehm. Die Herren wissen sich eben sehr gute Stellen zu verschaffen.

Ein Herr hat auch hervorgehoben, dass 10.000 fl. zur Hebung der maschinellen Einrichtungen beim Kleingewerbe hergegeben worden sind. Da hat man aber den Bock zum Gärtner bestellt. (Richtig! links.) Das technologische Gewerbemuseum, das seinem Ursprunge nach für das Großgewerbe ist, wird dazu berufen, den Kleingewerbetreibenden unter die Arme zu greifen. Finden Sie das nicht selbst lächerlich? Die Macht haben die Herren in der Hand. Ihre Führer haben auch die Führerschaft im Parlamente, sie wissen solche Sachen für sich nutzbar zu machen. Ich habe nichts dagegen, wenn der Großindustrie vom Staate oder Lande unter die Arme gegriffen wird. Man soll aber dem Kleingewerbe auch unter die Arme greifen. Die Herren lachen darüber, welche auf ihren Geldsäcken sitzen. Sie können lachen, unsere Leute leiden Hunger, während sie Champagner trinken und Fasane essen. Unsere Leute haben nichts zu essen. Sie können lachen. Die Herren sind sonst immer gegen den Befähigungsnachweis. Auf einmal sind sie für die Befähigung, sie sagen, sie richten die besten Arbeiter im Museum her. Meine Herren! Wenn Sie Fähigkeiten haben wollen, warum wollen Sie nicht den Befähigungsnachweis für das Gewerbe, für die Fabrikanten? Dagegen sträuben Sie sich.

Zum Schlusse hat einer der geehrten Herren besonders Weihrauch gestreut, namentlich dem geehrten Herrn Director des Museums. Warum ist der Herr in Hernals so abgeführt worden, wenn er so wirtschaftlich wirkt? Bei einer Wählerversammlung hat man ihm einfach gesagt: wir danken Ihnen recht sehr, wir wissen ohnehin, was Sie uns vorplauschen wollen — und hat ihn nach Hause geschickt. Und noch ein Charakteristikon für den Director des Gewerbemuseums, für den von seinen Namenscollegen verleugneten Hofrath Exner: Dieser Mann hat sich geäußert, die Gewerbetreibenden mit vier oder fünf Arbeitern sollen ihr Gewerbe stehen lassen und als Arbeiter in die Fabrik gehen. So gewerbefreundlich ist dieser Herr, für den Sie die 3000 fl. bewilligen wollen. (Widerspruch rechts.) Es ist sehr interessant: an der Spitze des technologischen Gewerbemuseums steht ein Mann, gegen den sich vier Namenscollegen wehren, dass sie dieselben sind, und an der Spitze der Mutteranstalt, des Gewerbevereines, steht ein Mann, der in Siebenbürgen die Messingbergwerke entdeckt hat. Meine Herren, ich gratuliere Ihnen zu diesen beiden Errungenschaften.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (den Vorsitz übernehmend): Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Gem.-Rath Steiner (zu einer persönlichen Bemerkung): Herr Dr. Mittler hat im Laufe seiner Ausführungen erklärt, dass die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse beim Kleingewerbe auf das geringe Vorhandensein von Intelligenz — oder so ähnlich — zurückzuführen seien. Ich würde Herrn Dr. Mittler bitten, als akademisch Gebildeter dem Kleingewerbe diesen Vorwurf nicht zu machen; er kann versichert sein, dass ich das nächstemal vielleicht auf seinen Stand komme, und Sie wissen, dass ich die richtigen Worte zu finden weiß, um auch akademisch Gebildete richtig zu charakterisieren. Dies bitte ich vorderhand zur Kenntnis zu nehmen. Aber die Kleingewerbetreibenden jeder Intelligenz bar zu heißen (Widerspruch rechts) — ich bitte, wir sind einzig diejenigen, die das Kleingewerbe vertreten, weil wir vom 3. Wahlkörper gewählt sind — und zu sagen, es sei zu wenig Intelligenz vorhanden, dagegen verwahre ich mich.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich habe die Bemerkung zu machen, dass mich die, wie ich glaube, nichts weniger als parlamentarischen Drohungen, verbunden mit vielleicht anderswo üblichen Gesten des Herrn Vorredners nicht veranlassen würden, das Wort

zu ergreifen. Ich fühle mich über derartige Posen, wie sie von der Gegenseite beliebt werden (Lebhafter Widerspruch links) viel zu erhaben. Auf der anderen Seite aber kann es mir nicht gleichgiltig sein, dass der Herr Vorredner eine Bemerkung, welche ich im Zusammenhange über das Kleingewerbe gemacht habe, aus diesem ihren Zusammenhange herausreißt (Zustimmung rechts) und mir wahrscheinlich zu gewissen Zwecken in den Mund legen will, ich hätte den Kleingewerbetreibenden einen Mangel an Intelligenz vorgeworfen.

Ich habe lediglich unter den vielen Ursachen, welche der gegenwärtige schlechte Stand des Kleingewerbes hat, die hervorgehoben, dass der Kleingewerbestand sich absperrt gegen die Theilnahme an den Fortschritten, welche in jeder Sphäre der Industrie und des Gewerbes aufzuweisen sind, und dass er in diesem Sinne — ich glaube, dass in der Versammlung darüber ein Zweifel nicht besteht — sich dagegen sträubt, diejenigen Fortschritte, welche die Intelligenz erfordert, mitzumachen. So sind meine Worte zu verstehen, und ich glaube, dass sie von wohlwollenden und unparteiischen Zuhörern nicht anders aufgefasst worden sind. (Zustimmung rechts.) Selbst auf die Gefahr hin, dass meine Worte anders gelautet haben sollen, was in der Hitze des Gefechtes leicht vorkommen kann, stehe ich nicht an, zu erklären, dass dieselben einen anderen Zweck und einen anderen Sinn nicht gehabt haben.

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Ich berichtige dem geehrten Herrn Vorredner, dass thatsächlich richtig ist, was College Steiner gesagt hat. Er hat gesagt, den Gewerbetreibenden wird Mangel an Intelligenz vorgeworfen.

Es ist eigenthümlich, dass der Herr Redner zum Schlusse sich verclausuliert. Wenn er sicher weiß, was er gesagt hat, dann hätte er sich schließlich nicht so verclausuliert. Aber in der Hitze des Gefechtes ist ihm die Wahrheit entschlüpft. Jetzt möchte er es vertuschen, aber so hat er es thatsächlich gesagt: es mangle den Gewerbetreibenden an Intelligenz.

Gem.-Rath Steiner: Nach den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Gregorig verzichte ich.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Berichtigung): Es hat Herr Gem.-Rath Gregorig die Behauptung aufgestellt, dass wir sagen, den Arbeitern fehlt es an Intelligenz. (Rufe: Nein, den Gewerbetreibenden!) Das Wort „Arbeiter" ist gefallen. Dem gegenüber berichtige ich, dass wir das niemals gesagt haben. Wenn wir gesagt haben, es fehlt irgendwo an Intelligenz, so haben wir zum Theile die Kleingewerbetreibenden gemeint. Wir wissen schon, dass es genug Kleingewerbetreibende gibt, die Intelligenz besitzen, aber es gibt auch viele, welche die nöthige Intelligenz nicht haben. (Gem.-Rath Gregorig: Die haben halt den Herrn Frauenberger nicht gewählt!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche für die Bewilligung der beantragten Subvention von 3000 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem n.-ö. Gewerbevereine wird für das technologische Museum eine Subvention von je 3000 fl. für die Jahre 1894, 1895 und 1896 unter den üblichen Cautelen bewilligt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 1/2 8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **1. Juni 1894.**

Vorsitz: 2. **Vice-Bürgermeister Matzenauer.**

1. Gem.-Rath Witzelsberger beantragt die gnadenweise Einrechnung der provisorischen Dienstzeit für den pensionierten Hausinspector des Central-Viehmarktes Edmund Werlein. (Angenommen.)

2. Derselbe beantragt die Anweisung eines Kleiderabnützungspauschales von jährlich je 60 fl. für die Schlachtbrückenaufseher des Hernalser Schlachthauses Dominik Nicoladoni und Josef Schotterböck unter gleichzeitiger Einstellung des Beheizungspauschales per 50 fl. (Angenommen.)

3. Gem.-Rath Vaugoin beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 100 fl. vom 8. März 1894 an auf weitere drei Jahre für die Hausdienerswitwe Marie Schuecker. (Angenommen.)

4. Derselbe beantragt die Verleihung einer Gnadengabe von jährlich 300 fl. zum Unterhalte für die Marktcommissärsgattin Karoline Staudinger und ihre beiden Kinder auf drei Jahre. (Angenommen.)

5. Derselbe referiert über den Fortbezug der Gnadengabe für die Accessistenswitwe Anna Conradi. Es wird beschlossen, derselben eine Gnadengabe per 150 fl. jährlich vom 1. Juli 1894 an auf weitere drei Jahre zu gewähren.

6. Derselbe beantragt die Verleihung einer Gnadengabe von jährlich 240 fl. an den städtischen Aushilfsdiener Anton Schmidt. (Angenommen.)

7. Gem.-Rath Dr. Lederer beantragt eine Pensionszulage von jährlich 300 fl. vom 1. April 1894 an zur normalen Pension von 600 fl. für die Magistratsraths-Witwe Theresia Wierer. (Angenommen.)

8. Gem.-Rath Dr. Huber beantragt die Anweisung einer Pensionszulage per 200 fl. jährlich vom 1. November 1893 an zur normalen Pension per 500 fl. der Conscriptions-Adjunctenswitwe Johanna Gabriel. (Angenommen.)

9. Derselbe beantragt die Verleihung einer Gnadengabe von jährlich 60 fl. auf drei Jahre für die Amtsdienerswaise Gisela Müllner. (Angenommen.)

10. Derselbe beantragt die Anweisung einer Pensionszulage per 200 fl. jährlich vom 1. Februar 1894 an zur normalen Pension per 500 fl. der Kanzlei-Vice-Directorswitwe Anna Pierus. (Angenommen.)

11. Derselbe beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 100 fl. vom 1. Mai 1894 an auf weitere drei Jahre für die Lehrerswitwe Marie Hofschneider. (Angenommen.)

12. Derselbe beantragt die gnadenweise Einrechnung der provisorischen Dienstzeit für den pensionierten Amtsdiener Johann Göbharter. (Angenommen.)

13. Derselbe beantragt die Bewilligung einer Abfertigung für die Wegmeisterswitwe Anna Pfliger mit dem Jahresbetrage des von ihrem Gatten zuletzt bezogenen anrechenbaren Activitätsgehaltes per 600 fl. (Angenommen.)

14. Gem.-Rath Schneiderhan referiert über die Bestellung einer barmherzigen Schwester vom heil. Kreuze zur Ertheilung des

Unterrichtes im VIII. städtischen Waisenhause im XII. Bezirke und stellt folgenden Antrag: Für das VIII. städtische Waisenhaus im XII. Gemeindebezirke ist die Stelle einer barmherzigen Schwester vom heil. Kreuze für die Ertheilung des Wiederholungs-, Gesangs- und Musikunterrichtes und des Unterrichtes in der französischen Sprache, mit der Entlohnung von jährlich 160 fl. und den Naturalbezügen, wie selbe den übrigen Schwestern angewiesen sind, zu systemisieren, wogegen eine andere, mit 84 fl. pro Jahr entlohnte Schwester zu entlassen ist. (Angenommen.)

15. Derselbe beantragt, dem Aufseher beim Schöpfwerke in der Wehrgasse im XIV. Bezirke Sebastian Schönhär ist der Monatslohn vom 1. April 1894 an auf 45 fl. zu erhöhen und demselben das beim Schöpfwerke befindliche Cabinet auch fernerhin als Wohnung zu belassen. (Angenommen.)

16. Gem.-Rath Mayer beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Armenrath August Holzer. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

* * *

(**Richtigstellung.**) Das Datum des stenographischen Gemeinderaths-Sitzungsberichtes im Amtsblatte Nr. 44 (S. 1345) hat zu lauten: 29. Mai 1894, wie dies auch das Inhaltsverzeichnis desselben Blattes richtig aufweist.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **25. Mai 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
St.-R. Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Vogler.
Entschuldigt: St.-R. Dr. Lueger.
Experte: Magistratsrath Dr. Sauer.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit:

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Fernbleiben wegen Theilnahme an der Sitzung des Abgeordnetenhauses.

St.-R. Stiaßny entschuldigt sein Späterkommen wegen Theilnahme an einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission. (Zur Kenntnis.)

(3953.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Vergebung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Bezirken I bis X vom 1. Juli 1894 an und beantragt:

1. der vorliegende Entwurf der Bedingnisse über die Bestellung der Unternehmer für die Canal- und Senkgrubenräumung in den Bezirken I bis X wäre zu genehmigen;

2. auf Grund dieser Bedingnisse und der im Stadtbauamte erliegenden Canaltableaux und Senkgruben-Verzeichnisse wäre behufs Vergebung der erwähnten Arbeiten für die Zeit vom 1. Juli 1894 bis 30. Juni 1889 eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abzuhalten.

St.-R. Schlechter beantragt, bei diesem Anlasse auszusprechen, dass diese Bedingnisse auch für die übrigen Bezirke mit dem Zeitpunkte ins Leben treten sollen, wenn die diesfalls bestehenden Verträge abgelaufen sind.

Antrag Schlechter abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(3892.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Tobias Schuen um Pachtung der Parcellen 29, 30, 31 am Rosenhügel, XIII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Pachtofferts unter den vom Magistrate angegebenen Modalitäten. (Angenommen.)

(3197 ex 1891.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Bericht puncto Regulierung des Stadttheiles nächst der Kirche Maria am Gestade im I. Bezirke und beantragt, das Stadtbauamt aufzufordern, mit Beziehung auf die eingelangten Vorschläge, betreffend den General-Regulierungsplan, hinsichtlich der endgiltigen Festsetzung der Baulinie für den erwähnten Stadttheil neuerdings zu berichten, beziehungsweise Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(3888.) **Derselbe** referiert über die Wiederinstandsetzung der Wienflusscunette und beantragt, zu diesem Behufe einen Betrag von 5000 fl. gegen Detailverrechnung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3782.) **Derselbe** referiert über die Offerte der Eheleute Johann und Anna Nicoladoni auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 1696/2 im VII. Bezirke und beantragt, diese Offerte abzulehnen.

Der Magistrat werde beauftragt, mit den Eigenthümern der Parcelle 763 wegen Abverkaufes, ferner mit den Eigenthümern von Or.-Nr. 113 und 115 Kaiserstraße behufs eventueller Arrondierung der zukünftigen Baustellen mit Einbeziehung des Linienwallgrundes zu verhandeln. (Angenommen.)

(3716.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 8. Mai 1894, Z. 33107, in Betreff des Ansuchens des militär-geographischen Institutes um Baubewilligung für die Umänderung der Dampfmaschinen-Anlage im Gebäude B, VIII., Josefstädterstraße 73, und beantragt die Kenntnisnahme nach § 106 der Bauordnung. (Angenommen.)

(3530.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der Theresia Dennerlein um Abschreibung von Trottoirpflasterungskosten im Betrage von 23 fl. 84 kr. für XV., Pelzgasse 7, und beantragt die Abschreibung aus den vom magistratischen Bezirksamte angeführten Gründen. (Angenommen.)

(3925.) **Derselbe** referiert über die Aufnahme eines Taglöhners zur Unterstützung des Nachtwächters im Schlachthause zu Gumpendorf und beantragt die provisorische Aufnahme eines Individuums als Begleitperson für den Nachtwächter gegen Bezahlung von 1 fl. pro Nacht und die Bewilligung eines Zuschusscredites zu Rubr. XXX 2 a „Bezüge des Personales im Schlachthause zu Gumpendorf" in der Höhe des Erfordernisses. (Angenommen.)

(360.) **Derselbe** referiert über die Beistellung der Bespannung der freiwilligen Feuerwehr im XI. Bezirke durch Barbara Ferstl und beantragt:

1. die seit 1. Juli 1893 von Frau Barbara Ferstl gegen ein Jahrespauschale von 3500 fl. besorgte Beistellung der Bespannung für die freiwillige Feuerwehr in Simmering wäre nachträglich zu genehmigen und der Genannten diese Leistung auch fernerhin unter Annahme des vorliegenden Offertes gegen die daselbst geforderte gleiche Entlohnung bis Ende December 1894 zu übertragen;

2. der Stadtraths-Beschluss vom 17. August 1893, Z. 4220, wäre dahin abzuändern, dass beide Pferdepaare auch bei Tage in steter Bereitschaft zu halten sind und keines derselben zu Fuhrwerksleistungen zu verwenden ist. (Angenommen.)

(3648.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Siegmund Weiß um Parcellierung für Einl.-Z. 2729, 730, 731, 732, Or.-Nr. 4 und 6 Schikanedergasse, Or.-Nr. 21, 23 und 25 Schleifmühlgasse und beantragt, es sei die angesuchte Parcellierung in öffentlicher Hinsicht für zulässig zu erklären, die streitenden Theile mit Rücksicht auf die privatrechtlichen Einwendungen des Nachbars von Or.-Nr. 19 Schleifmühlgasse auf den Civilrechtsweg zu verweisen, der Protest der Anrainer von Or.-Nr. 17 Schleifmühlgasse mangels einer Begründung einfach abzuweisen. Bezüglich der Baustelle VIII sei das Bauverbot auszusprechen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, auch die Baustellen I und II sowie VIII mit dem Bauverbote bis zur Arrondierung durch die Nachbarrealitäten zu belegen.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Ritt. v. Neumann angenommen.

(2235.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des Mayer Hersch Dreßler gegen die vom Magistrate verfügte Entziehung des Verkaufsplatzes in der Großmarkthalle und beantragt, dem Recurse insofern stattzugeben, dass die betreffende Verfügung des Magistrates aufgehoben, über den Recurrenten jedoch eine Geldstrafe von 100 fl. zu Gunsten des Wiener Armenfondes, im Falle der Nichteinbringlichkeit derselben jedoch eine achttägige Arreststrafe verhängt werde.

St.-R. Witzelsberger beantragt die Abweisung des Recurses.

St.-R. Schlechter beantragt, für den Fall der Ablehnung des Antrages Witzelsberger die Berathung des Referates in Anwesenheit des Bürgermeisters.

Antrag Witzelsberger angenommen.

(3973.) **Derselbe** referiert über die anlässlich der Regulierung der Rothenthurmstraße vor Or.-Nr. 35 und der Pflasterung des Franz Josefs-Quai aufgelaufenen Mehrkosten von 1992 fl. 9 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3732.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Samuel Hirschl, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 3 Herrengasse, Ober-Döbling, um Bewilligung zur Einmündung seines Hauscanales in die Krottenbacheinwölbung und beantragt, es sei vorbehaltlich der Austragung der Rechtsfrage die Baubewilligung nach Einzahlung einer dem berechneten Canaleinmündungs-Gebürenbetrage gleichkommenden Caution auszufertigen.

Gleichzeitig erhält das magistratische Bezirksamt für den XIX. Bezirk den Auftrag, in dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten und sich insbesondere über die Art der Bemessung der von dem fraglichen Grunde seinerzeit an die bestandene Gemeinde Ober-Döbling entrichteten Canaleinmündungsgebür unter Vorlage der Vorschriften für die Bemessung dieser Gebür bei der gedachten Gemeinde zu äußern. (Angenommen.)

(3935.) **Derselbe** referiert über die Errichtung eines Telephons in der Kanzlei des Bezirksausschusses für den IX. Bezirk und beantragt die Genehmigung dieser Errichtung und die Bewilligung eines Zuschusscredites per 125 fl. (Angenommen.)

(3658.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Zemann um Bewilligung zur Errichtung einer offenen Kegelbahn auf dem Bauplatze IV., Schönburgstraße und Seisgasse, und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit. (Angenommen.)

(3576.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Josef Löbl einverständlich mit Jakob Scherber wegen verweigerter Baubewilligung für IV., Kolschitzkygasse 3, und beantragt, der Vorstellung unter der Bedingung stattzugeben, dass der Eigenthümer des genannten Hauses, Jakob Scherber, einen intabulationsfähigen Demolierungsrevers ausstellt. (Angenommen.)

(3753.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Rudolf Meyer gegen die Höhe der Senkgrubenräumungs-Gebür für XV., Märzstraße 100, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3960.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der Paula Lang um Baubewilligung für Einl.-Z. 890 im VIII. Bezirke, Breitenfeldergasse, und einen Theil des ehemaligen Linienwallgrundes Cat.-Parc. 404/3, Einl.-Z. 115 im VIII. Bezirke und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung bezüglich des Grundes Einl.-Z. 890 Breitenfeldergasse, VIII. Bezirk, und des von der Gesuchstellerin käuflich erworbenen Linienwallgrundes per circa 275 m², Einl.-Z. 115 des VIII. Bezirkes, nach § 97 der Bauordnung zu bestätigen. (Angenommen.)

(2597.) **St.-R. Müller** referiert neuerlich über den Bericht puncto Bau einer Knaben-Volksschule auf Parcelle VI., Galileigasse im IX. Bezirke, und beantragt, den Magistrats-Antrag zu genehmigen, jedoch infolge der bestehenden Verhältnisse von der Erwirkung eines Zuschusscredites von 7000 fl. beim Gemeinderathe behufs Erbauung eines zweiten Turnsaales Umgang zu nehmen. Der Bau habe für heuer nicht ausgeführt zu werden und sei der Magistrat aufzufordern, bei dem Baue der neuen Schule an der Ecke der Galilei- und Dreihackengasse die Ausführung des fraglichen Turnsaalaufbaues zu berücksichtigen. (Angenommen.)

(3875.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. v. Götz wegen Eröffnung der Bahngasse in Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt aus den im Magistratsberichte angeführten Gründen, vorläufig von der Einleitung von Verhandlungen mit den betheiligten Grundbesitzern wegen Durchführung der obgenannten Gasse Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(3709.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Böddecker um Vergütung von Auslagen per 229 fl. 90 kr. anlässlich baulicher Herstellungen an dem Hause Unter-St. Veit, Feldgasse 24, infolge des Zubaues zur Schule in Unter-St. Veit und beantragt, diesem Ansuchen keine Folge zu geben.

St.-R. v. Götz beantragt, dem Gesuchsteller aus Billigkeitsgründen die Hälfte dieser Auslagen zu vergüten.

Dieser Antrag, dem sich der Referent accommodiert, wird angenommen.

(3733.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl, Heinrich und der Karoline Sattler um Grundentschädigung für XVII. Bezirk, Hernalser Hauptstraße 9, und beantragt, für den abzutretenden Straßengrund von 94·5 m² eine Schadloshaltung von 25 fl. per Quadratmeter zu gewähren. (Angenommen.)

(3901.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alexander Müller um Grundentschädigung für IX., Kapellengasse 3, und

beantragt, die Schadloshaltung unter der Voraussetzung der Zustimmung des Gesuchstellers mit 18 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(3723.) **Derselbe** referiert über die Aufnahme eines Canalaufsehers für den linksseitigen Sammelcanal und beantragt:

1. es sei für die Überwachung der Reinigung und des Bauzustandes des linksseitigen Haupt-Sammelcanales, sowie für die Handhabung der Spüleinlässe auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien ein provisorischer Canalaufseher mit einem Monatslohne von 60 fl. anzustellen und demselben die erforderliche Dienstkleidung und freie Wohnung in dem nächst der Staatsbahnbrücke gelegenen Wächterhause anzuweisen;

2. die Bestellung des Aufsehers habe durch das Stadtbauamt zu erfolgen;

3. das Stadtbauamt wird angewiesen, die Dienstinstruction für diesen Canalaufseher ehestens zur Genehmigung vorzulegen.

(Angenommen.)

(3579.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Siegmund Fridl um Bewilligung zur Einmündung der Rohrleitung in Unter-Döbling, Gemeindegasse 22, in die Krottenbacheinwölbung und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses gegen Zahlung einer Einmündungsgebür von 154 fl. 50 kr. in zwei gleichen Raten, die erste zahlbar vor Herausgabe des Consenses, die zweite Rate nach weiteren zwei Monaten unter Vorbehalt des Anspruches der Gemeinde auf die erhöhten Gebüren. (Angenommen.)

(3645.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Bock um Baubewilligung für Einl.-Z. 658 Ottakring, Liebhartsgasse im XVI. Bezirke, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung des Bauconsenses gegen dem zu bestätigen, dass der Bittsteller sich, eventuell seine Rechtsnachfolger im Besitze der Realität mittels intabulationsfähigen Reverses verpflichtet, den etwa nach Maßgabe der seinerzeit zu bestimmenden Baulinie zur Straße entfallenden Grund dieser Realität auf Verlangen der Gemeinde Wien auf seine Gefahr und Kosten lastenfrei und im richtigen Niveau, sowie ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung in das öffentliche Gut zu übertragen.

(Angenommen.)

(3900.) **St.-R. Baugoin** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen des Anton Honus um Grundentschädigung für VIII., Lammgasse 3, und beantragt, das Ansuchen abzuweisen und bei einer Schadloshaltung von 30 fl. per Quadratmeter zu beharren.

(Angenommen.)

(3976.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Georg Demsky noe. Mathilde Gotthardt um Grundtrennung bezüglich der Realitäten Einl.-Z. 308, Cat.-Parc. 895, und Einl.-Z. 310, Cat.-P. 894, Or.-Nr. 90 und 92 Gumpendorferstraße, VI. Bezirk, und beantragt die Genehmigung dieser Grundtrennung unter der Bedingung, dass der zur Verbreiterung der Webgasse und Gumpendorferstraße entfallende Grund gemäß §§ 9 und 13 B.-O. im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die kosten- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundtrennung erwirkt werde.

(Angenommen.)

(3905.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Reitbauer um Baubewilligung für II., Am Tabor 11, und beantragt, die Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3954.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Project für den Zubau zur Schule in Meidling, Schillergasse 3, und beantragt, die im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 11. Mai d. J., Z. 3534, abgeänderte Projectskizze zu genehmigen. (Angenommen.)

Über Anregung des St.-R. Müller wird behufs Verhandlungen mit den Eigenthümern der Häuser Or.-Nr. 18 und 20 Zollergasse im VII. Bezirke zum Zwecke der Erwerbung eines Schulbauplatzes ein Comité eingesetzt und in dasselbe die St.-R. Müller, Baugoin und Dr. Huber gewählt.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen in Wien.

2. Juni 1894.

Die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 1147 betragen; hievon waren 764 beim Baue der Gürtel- und Vororte-linie der Stadtbahn, 383 an den Sammelcanälen beiderseits des Donaucanales verwendet; hier standen 8, beim Stadtbahnbaue 73 Fuhrwerke und eine Dampfmaschine in Verwendung.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim

vormals Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.

Gebarungs-Ausweis pro Mai 1894.

	Cassa		Interessenten Capitals-Einlagen		Hypothek.-Darlehen		Effecten-Vorschüsse		Rimessen		Eigene Wert-effecten	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Stand am 30. Apr. 1894	28.110	62	11,424.324	50	8,439.198	91	42.641	—	24.040	06	3,551.551	25
Zu: im Mai 1894	994.517	50	521.125	21	104.030	—	5.880	—	4.887	28	108.255	10
Summa .	1,022.628	12	11,945.449	71	8,543.228	91	48.521	—	28.927	34	3,659.806	35
Ab: im Mai 1894	964.044	58	499.064	72	70.431	81	4.715	—	2.342	12	96 839	80
Stand am 31. Mai 1894	58.583	54	11,446.384	99	8,472.797	10	43.806	—	26.585	22	3,562.966	55

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

Mai 1894.

Eingelegt 521.125 fl. 21 kr. von 2161 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 499.064 fl. 72 kr. an 2217 Parteien.

Stand vom 31. Mai 1894:

Gesammteinlagen auf 22.309 Conti . . . . 11,446.384 fl. 99 kr.
Hypothekar-Darlehen . . . . 8,472.797 „ 10 „

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

Mai 1894.

Einlagen . . . . 315.630 fl. 21 kr. von 1536 Parteien
Rückgezahlt . . . . 275.954 „ 95 „ an 1633 „

Das Gesammt-Interessenten-Guthaben betrug mit 31. Mai 1894. . . . . 6,399.082 fl. 04 kr.

* * *

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 27. Mai bis 2. Juni 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 212.384 kg (Davon aus Nieder-Österreich — 184.682; aus Ober-Österreich — 2020; aus Mähren — 7161; aus Böhmen — —; aus Galizien — 13.729; aus Ungarn — 4792; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Salzburg — —; aus Bosnien — —; aus Siebenbürgen — — kg)

Kalbfleisch . . . 43.381 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 2007; aus Ober-Österreich — — ; aus Mähren 220; aus Galizien — 40.400; aus Ungarn — 743; aus der Bukowina — 10; aus Böhmen — — kg)

Schaffleisch 623 „ (Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 501; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — 120; aus Mähren — — kg)

Schweinfleisch . 41.295 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 32.974; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 70; aus Mähren — 891; aus Galizien — 720; aus Ungarn — 6640; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Bosnien — — kg)

Kälber . . . . 2379 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 814 ; aus Ober-Österreich — 2 ; aus Mähren — 26; aus Böhmen — —; aus Galizien — 1534; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — —; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schlesien — — St.)

Schafe . . . . 94 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 93; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 1; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.)

Schweine . . . 147 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 66; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren — 25; aus Galizien — 47; aus Ungarn — 8; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)

Lämmer . . . . 43 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 35; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 3; aus Ungarn — 5; aus Mähren — —; aus Böhmen — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

		von		bis			
Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	64	kr. per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	52	„	100	„ „	„
extrem		„	—	„	—	„ „	„
Kalbfleisch		„	26	„	72	„ „	„
Schaffleisch		„	38	„	56	„ „	„
Schweinfleisch		„	46	„	76	„ „	„
Kälber		„	30	„	60	„ „	„
Schafe		„	30	„	44	„ „	„
Schweine		„	50	„	68	„ „	„
Lämmer		„	2	„	$4\frac{1}{2}$	fl. „	St.

Bei fast gleichen Zufuhren an Fleischwaren wie in der Vorwoche war die Nachfrage anfangs der Woche eine ziemlich lebhafte, gegen Schluss derselben schwächte sich der Geschäftsverkehr sichtlich ab und mussten Kälber und Kalbfleisch um 2 kr. per Kilogramm billiger abgegeben werden, während sich die übrigen Preise mit Ausnahme von Rindfleisch, das um 2 bis 4 kr. per Kilogramm besser bezahlt wurde, gegen die Vorwoche behaupteten.

* * *

Pferdemarkt vom 1. Juni 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 413 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—320 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . . 25— 58 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 4. Juni 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3944, Weidevieh —, Beinlvieh 833,
Summa . 4777.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1694
Galizische „ . . .	1308
Deutsche „ . . .	1568
Büffel „ . . .	207

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3792
Stiere	409
Kühe	576

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	52	bis	$63\frac{1}{2}$	fl.
(extrem .	„	—	„	—	„)
Galiz. Schlachtthiere .	„	52	„	62	„
(extrem .	„	—	„	—	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	52	„	67	„
(extrem .	„	—	„	68	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„
Stiere	„	—	„	—	„
Kühe	„	—	„	—	„
Büffel	„	—	„	—	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte $36\frac{1}{2}$ bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis	41	(—)	fl.
Stiere	„	25	„	34		„
Kühe	„	24	„	33	(—)	„
Büffel	„	21	„	28		„
Beinlvieh	„	17	„	19		„
Weidevieh	„	—	„	—		„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . . von 19 bis 87 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 10 Stück
Beinlvieh . . . . 43 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 196 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war lebhaft, es sind jedoch mit Ausnahme einiger Partien, die gegen die Vorwoche um 1/2 bis 1 fl. per 100 kg theuerer gehandelt wurden, keine wesentlichen Preisänderungen eingetreten.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 2. Juni 1894.

a) Getreide.

	von		bis	
Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76–81 kg)	6 fl.	70 kr.	7 fl.	50 kr.
Roggen („ „ „ „ 70–75 „)	5 „	10 „	5 „	65 „
Gerste	4 „	65 „	8 „	75 „
Mais	4 „	90 „	5 „	68 „
Hafer	6 „	— „	7 „	50 „

b) Mahlproducte.

	von		bis	
Grieß	12 fl.	10 kr.	14 fl.	— kr.
Weizenmehl	5 „	40 „	14 „	— „
Roggenmehl	6 „	— „	11 „	25 „
Weizenkleie	3 „	70 „	4 „	10 „
Roggenkleie	4 „	10 „	4 „	20 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 24. bis 31. Mai 1894.

Waren eingelagert . . . . 39.231 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . 46.822 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 14.342 Meter-Centner.

Lagerstand vom 31. Mai 1894: 335.537 Meter-Centner, und zwar:

53.678	Meter-Centner	Weizen,	57.496	Meter-Centner	Roggen,
44.130	„	Gerste,	74.200	„	Hafer,
40.189	„	Mais,	8.187	„	Ölsaaten,
14.447	„	Mehl u. Kleie,	2.560	„	Wein,
10.324	„	Zucker,	941	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 335.537 fl. öst. Währ.

* * *

Vom 1. bis 31. Mai 1894.

Waren eingelagert . . . . 171.093 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . 193.530 „

Der Lagerstand betrug am 31. Mai 335.537 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 3,327.500 fl. gegen 319.794 Meter-Centner im Werte von 2,922.400 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

53.678	Meter-Centner	Weizen	gegen	93.649
57.496	„	Roggen	„	26.292
44.130	„	Gerste	„	22.583
74.200	„	Hafer	„	23.378
40.189	„	Mais	„	78.647
8.187	„	Ölsaaten	„	2.808
14.447	„	Mehl und Kleie . .	„	12.577
2.560	„	Wein	„	7.904
10.324	„	Zucker	„	1.851 und
941	Hektoliter à 100%	Spiritus . . .	„	7.321 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates Mai bezifferte sich auf . . . . 15.193 Meter-Centner; es wurden 28 Lagerscheine ausgegeben und bei 4 Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . 6.450 fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . — „ — „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Hutmacher.) Bei der am 20. Mai 1894 unter Intervention des Magistrats-Commissärs Dr. Weißkirchner vorgenommenen Wahl wurde Herr Franz Finster, bürgl. Hutmacher, IX., Liechtensteinstraße 68, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.

Vom 1. bis 31. Mai 1894:

Meisteranmeldungen 20
Lehrlingsanmeldungen 28
Vermittlungen 4

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen 4660
Lehrlingsanmeldungen 5165
Vermittlungen 2381

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 31. Mai bis 4. Juni 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Sachsenplatz, Grundb.-Einl. 4341, von Wendelin Kühnel, Gießaufgasse 2, Bauführer A. v. Bergmüller (3934).

„ „ Haus, Glockengasse 11, von Ludwig Fuchsik, Albertgasse 23, noe. Ludwig Mannaberg, Glockengasse 15, Bauführer G. Alber (3951).

III. Bezirk: Haus, Trubelgasse, Grundb.-Einl. 2727, von Edmund Rösner, Baumeister (3940).

IX. Bezirk: Haus, Bindergasse 8, von Dr. Heinrich Klitsch, Bauführer Leop. Roth (3933).

X. Bezirk: Inzersdorferstraße, Einl.-Z. 782, 2783, von Jakob Sch. Straßberg, Bauführer Joh. Schweitzer (18845, 18846).

XIII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Penzing, Parcelle 675/4, Einl.-Z. 667 Kaisergasse, von Karoline Jarolin, Bauführer ? (15347).

„ „ Dreistöckiges Wohnhaus, Penzing, Parcelle 675/5, Einl.-Z. 668, von Karoline Jarolin, Bauführer ? (15348).

XVI. Bezirk: Einstöckiges Wohnhaus, Ottakring, Wagnergasse, Ecke der Breitenseerstraße, von Josef Fichtinger, Kulmgasse 4, Bauführer derselbe (24626).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Fabrikszubau, Kaisermühlendamm 93, von Robert Boch, noe. Actien-Gesellschaft für Dampfwäscherei und Appretur, Bauführer Josef Spilka (3949).

X. Bezirk: Alxingergasse 55, von Gebrüder Tomayer, Bauführer Strohmayer (18824).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Hauptstraße 27, Ecke der Reschgasse, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 38, Bauführer derselbe (15241).

XVI. Bezirk: Ebenerdiger Gassentract und Schupfe, Ottakring, Effingergasse 22, von Vincenz Halmschläger, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (24625).

XIX. Bezirk: Veranda, Heiligenstadt, Barawitzkagasse 18, von Heinrich Ankert Ritt. v. Wernstädten, ebenda, Bauführer Alois Salatmayer (9973).

„ „ Veranda, Ober-Döbling, Karl Ludwigstraße, Einl.-Z. 836, vom Besitzer der Villa Just, Bauführer Anton Gürlich (10128).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Graben 29, von Johann Schrantz, Windmühlgasse 18, Bauführer W. Stadler (3917).
II. Bezirk: Burghardtsgasse 4, 6, 8, 10, 12, 14, von der Allgemeinen österr. Baugesellschaft (3918).
III. Bezirk: Ungargasse 52, von Rosa Wirth, Bauführer C. Zeller (3922).
V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 11, von Josef Gaß, Bauführer F. Doleyschka (3946).
VI. Bezirk: Liniengasse 50, von Theodor Brunnabend, Mollardgasse 27, Bauführer Ed. Schätz (3926).
IX. Bezirk: Porzellangasse 10, von Louise Seyrl, Bauführer C. Zeller (3923).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Hirschengasse 1, von Math. Alber, Bauführer Joh. Neuwirth (15371).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Brunnengasse 19, von Anastasia Zand, ebenda, Bauführer Haslinger (24634).
" " Ottakring, Rittergasse 12, von Ferd. Hawelka, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (24702).
" " Neulerchenfeld, Grundsteingasse 31, von Theresia Lehrl, Grundsteingasse 28, Bauführer Josef Baldia (24704).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 59, von Johann Nechlebil, XVI., Ganstergasse 21, Bauführer Franz Ferenda, Maurermeister (17690).
" " Hernals, Sterngasse 44, von Andreas Göppel, ebenda, Bauführer Franz Haslinger, Maurermeister (17780).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Geschäftsportal, Taborstraße 29, von Josef Eisler, IV., Paniglgasse 24, Bauführer ? (3953).
" " Canal, Obere Donaustraße 15, von der Union-Baugesellschaft (3956).
" " Canal, Obere Donaustraße 43, von der Union-Baugesellschaft (3957).
XI. Bezirk: Zwei Aborte, Hauscanal, Steinzeug-Rohrleitung, Mistgrube, Simmering, Hauptstraße 108, von Josef Krammer, ebenda, Bauführer Anton Heindl, Baumeister, XI., Simmering (7664).
XII. Bezirk: Pferdestall sammt Hausmeisterwohnung-Herstellung, Unter-Meidling, Krichbaumgasse 25, von Matthias Schmidt, Bauführer Ferd. Kellner (15291).
" " Balkonbau, Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße, E.-Z. 1299, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 28, Bauführer derselbe (15541).
XIII. Bezirk: Abort-Herstellung, Unter-St. Veit, Zwerchgasse 10, von Theresia Lämle, Bauführer ? (15623).
" " Abort-Herstellung und Renovierungen, Penzing, Pfarrgasse 25, von Anton Brunner, Bauführer ? (15624).
XIV. Bezirk: Herstellung einer Abstechkammer und Selchküche, Rudolfsheim, Felberstraße 112, von Josef Schiebel, ebenda, Bauführer Johann Töpfl (15211).
" " Rudolfsheim, Dreihausgasse 21, von Johann Haldenwang, Dreihausgasse 23, Bauführer Julius Stättermayer (15217).
" " Rudolfsheim, Dreihausgasse 23, von Johann Haldenwang, ebenda, Bauführer Julius Stättermayer (15218).
" " Herstellung eines Motorenhauses, Rudolfsheim, Neubergenstraße 15, von Johann Danzinger, ebenda, Bauführer Heinrich Staud (15323).
XVI. Bezirk: Vier englische Aborte und ein Pissoir, Neulerchenfeld, Hauptstraße 2, von Ignaz Ehrenfeld, ebenda, Bauführer Anton Klement (24581).
XIX. Bezirk: Einfriedungsmauer, Unter-Döbling, Silberstraße 48, von Rudolf Oberzeller, ebenda, Bauführer A. Micheroli (10047).

Stockwerks-Aufsetzungen:

V. Bezirk: Einsiedlergasse 21, von Jakob Hirsch, Krongasse 2, Bauführer J. Schneider (3925).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Herrengasse 28, von der Congregation der Schwestern vom armen Kinde Jesu, Hauptstraße 73, Bauführer A. Micheroli (9899).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 101, 103 und 105, Conscr.-Nr. 215, Einl.-Z. 204, von Theodor und Georg Meichl, Brauhausbesitzer, XI., Simmering (7661).
XIII. Bezirk: Penzing, Kaisergasse, Parc. 675/5, von Karoline Jarolim (15350).
" " Hietzing, Hetzendorferstraße 14, von Max und Bertha Reisner (15372).
" " Hietzing, Feldgasse 4, Einl.-Z. 382, Parc. 569/2, 571/2, 571/3, von Frauenfeld & Berghof (15428).
XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 1280/1, 1280/2, Einl.-Z. 1369, Ottakring, Grüllemeiergasse, Ecke der Kuffnergasse, von Josef Grüllemeier (24329).
" " Conscr.-Nr. 281, Ottakring, Langegasse 59, von Josef Grüllemeier (24500).

Gewerbeanmeldungen vom 30. Mai 1894.

(Fortsetzung.)

Friedmann David — Trödler — II., Rothen-Sterngasse 16.
Patzek Jakob — Trödler — IX., Grünethorgasse 19 a.
Villa Johann — Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Valla Marie — Victualienhandel im Umherziehen — IX., Nadlerg. 10.
Douth Juliana — Victualien-Verschleiß — II., Schiffmühlenstraße 52.
Czernik Josefa — Wäscherin — IX., Säulengasse 8.
Zens Alois — Wagner — XIII., Unter-St. Veit, Feldgasse 3.
Pisa Vincenz — Wagenlackierer — XIII., Penzing, Poststraße 67.
Thomeyer Elise — Zeitungs-Verschleiß — III., Salesianergasse 1.
Kovař Johann — Ziegel- und Schieferdecker — II., Mühlfeldgasse 5.
Misauer Julius — Zimmermaler — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 17.
Karasek Wilhelm — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — II., Kaiser Josefstraße 35.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. Mai 1894.

May Francoise — Ausschank von Gin, Wisky und Cognac — II., Kaiser Josefstraße 31.
Lukas Marie — Blumen- und Grünwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 90.
Zdeborsky Karl — Bootbauer — II., Kaisermühlen.
Huber Hugo, Spitra Hans — Buchhandel — VI., Gumpendorferstr. 26.
Filippi Josef — Erzeugung von Indigocarmin, Waschblau ꝛc. — VI., Mollardgasse 15.
Dreßler Majer Hersch — Fleischhauer — II., Czerninplatz.
Winter Albert — Fleischhauer — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstr. 33.
Altmann Abraham — Fleisch-Verschleiß — II., Kleine Schiffgasse 4.
Brüll Marie — Gastwirtin — II., Kaiser Josefstraße 31.
Drescher Emilie — Gastwirtin — I., Himmelpfortgasse 21.
Planer Barbara — Gastwirtin — XVII., Hernals, Alsbachstraße 2.
Mocsari Moriz — Gemischtwarenhandel — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstraße 21.
Gröbl Ludmilla — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Martinsstraße 37.
Hiermer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 42.
Poradek Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Antonigasse 29.
Schesstoß Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI, Kanalgasse 10.
Seidl Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 11.
Bauer Julie — Grünzeughandel — XIV., Rudolfsheim, Schwenderg. 1.
Wagner Wilhelm — Harmonikamacher — XVI., Ottakring, Wagnergasse 28.
Winkler Johannes — Herausgabe der Druckschrift „Vom Guten das Beste" — XVIII., Währing, Säulengasse 1.
Greißle Josefine — Kaffeesiederin — II., Praterstraße 49.
Kaiser Abraham Franz — Kaffeesieder — II., Auf der Haide 1.
Seiler Leopold — Kaffeesieder — II., Aspergasse 4/6.
Rosenauer Josef — Kammacher — XIV., Rudolfsheim, Felberstr. 114.
Herrmann Jakob — Kleinfuhrwerk — XVII., Neuwaldegg, Hauptstr. 36.
Sellinger Franz — Kleinfuhrwerk — XI., Kaiser Ebersdorf 26.
Rakowitsch Anna — Kunstblumen-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 46.
Fürst Hugo, Kohn Max — Manufacturwaren-Commissionshandel — II., Tempelgasse 6.
Bašnar Anna — Obst-, Grünzeug-, Blumen-, Butter- und Eier-Hausierhandel — II., Rueppgasse 13.
Machajdik Anna — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Leopoldigasse 4.
Oszuszky Anna — Obst-, Grünzeug- und Blumenhandel — II., Bäuerlegasse 8.
Kirchner Anna — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Wildemanngasse 15.
Zitter Rosa — Pfaidler — II., Webergasse 15.
Weidinger Johann — Schlosser — XV., Fünfhaus, Märzstraße 11.
Haselsteiner Karl — Schnittwarenhandel — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 72.
Resch Georg — Schuhmacher — V., Lainzerstraße 11.
Hartl Karl — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstr. 13.
Lehr Aloisia — Selchwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 114.
Pallenberg Bernhard — Spirituosen-Verschleiß — I., Judengasse 10 a.
Jarolim Johann — Tapezierer — XVIII., Währing, Neugasse 36.
Zachistal Marie — Tapezierergewerbe — VIII., Mölkergasse 3.

Franz Karl — Tischler — V., Hundsthurmerstraße 116.
Manak Anton — Tischler — V., Diehlgasse 50.
Sauer Josef — Tischler — V., Diehlgasse 50.
Koch Hermine — Trödlergewerbe — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 37.
Fiala Anna — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße, Markt.
Litter Karoline — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Lichtgasse 8.
Lunak Magdalena — Victualienhandel — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 115.
Torgan Marie — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Zamikal Philomena — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 81.
Pitter Franz — Wagenlackierer — XVI., Neulerchenfeld, Payergasse 3.
Traunfellner Johanna — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Feldgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. Juni 1894.

Jekeli Karl — Erzeugung von Putz- und Conservierungsmitteln — V., Koflergasse 20.
Fehrlin Theresia — Feinputzerei — IV., Wohllebengasse 16.
Meyer Franz Xaver — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 28.
Kamptner Josef, Kamptner Theresia, Kamptner Karl — Gastwirtsgewerbe — I., Nibelungengasse 3.
Kuhner Ludwig — Gastwirt — I., Börsegasse 16.
Biller Leonhard — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Rampersdorfg. 29.
Engel Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Spiegelgasse 5.
Göbel Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 14.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 1. Juni 1894.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung der Gem.-Räthe Haßfurther, Witzelsberger und Herold 1373
2. Entschuldigung des Gem.-Rathes Seb. Grünbeck wegen Fernbleibens von der Stadtrathswahl 1373
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Kaspar, betreffend den Ausbau der Tramwaylinie Weinhaus über Gersthof nach Pötzleinsdorf 1373
Einlauf:
4. Resolution der Jahresversammlung des Fortschrittsclub des II. Bezirkes, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Daum pcto. Errichtung eines Volkspalastes anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers . . 1373
Interpellationen:
5. Gem.-Räthe Kreindl und v. Götz, betreffend die Erstattung des Referates wegen Bestellung von Flurwächtern in den äußeren Bezirken 1373
6. Gem.-Rath K. J. Müller, betreffend die Führung eines Processes seitens der Gemeinde Wien wegen 2 fl. 50 kr. . . . 1374
7. Gem.-Rath Tomola, betreffend den Stand der Verhandlungen mit dem n.-ö. Landesausschusse wegen Ankauf der Weinhauser Strafhausrealität 1374
8. Gem.-Rath Herrdegen, betreffend die Wasserabsperrung bei dem nächst der Kasernengasse befindlichen Auslaufbrunnen auf der Mariahilferstraße 1374
9. Gem.-Rath Strobach, betreffend die Beseitigung der die Untere Bräuhausgasse einengenden Mauer der H. Eger'schen Realität 1374
10. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die angeblich geplante Auflassung der Goldschlagstraße im XIV. Bezirke, zwischen der Hugl- und Holochergasse 1374
11. Gem.-Räthe Mayer und K. J. Müller, betreffend den Bestand des Wiener Saatenmarktes 1375
12. Gem.-Rath Dr. Stern, betreffend dieselbe Angelegenheit . . 1375
Antrag:
13. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Beschleunigung der Durchführung der Canalisierung des XIII. Bezirkes 1375
Referate:
14. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr Hernals 1376
15. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf 1376
16. Derselbe, betreffend die Anschaffung von 25 Stück Druckschläuchen für die städtische Feuerwehr (Zuschusscredit) 1376
17. Derselbe, betreffend die Anschaffung eines Reservewasserwagens sammt Ausrüstung für die städtische Feuerwehr (Zuschusscredit) 1376
18. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr Hietzing 1377
19. Derselbe, betreffend die Flüssigmachung der Gehalte der beiden activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr Penzing 1377
20. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Systemisierung einer Forstaufseherstelle für die aufgelassene Forstadjunctenstelle auf dem Bürgerspitalfondsgute Spitz . . . 1378
21. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Baulinienbestimmung für Einl.-Z. 24 Ober-Meidling, Grünberggasse; Auflassung der Bony- und Radetzkygasse 1379
22. Gem.-Rath Matthies, betreffend die Subventionierung des Katholischen Arbeitervereines auf der Landstraße 1382
23. Derselbe, betreffend die Subventionierung des n.-ö. Gewerbevereines für das technologische Gewerbemuseum 1382

Stenographischer Bericht über die vertrauliche Sitzung des Gemeinderathes vom 1. Juni 1894.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Dienstzeiteinrechnung für E. Werlein 1389
2. Derselbe, betreffend Kleiderabnützungs-Pauschale für die Schlachtbrückenaufseher D. Nicoladoni und J. Schotterböck 1389
3. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Schuecker 1389
4. Derselbe, betreffend Verleihung einer Gnadengabe für K. Staudinger 1389
5. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Anna Conradi 1389
6. Derselbe, betreffend Verleihung einer Gnadengabe für A. Schmidt 1389
7. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend Pensionszulage für Theresia Wierer 1389
8. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend Pensionszulage für Johanna Gabriel 1389
9. Derselbe, betreffend Verleihung einer Gnadengabe für Gisela Müllner 1389
10. Derselbe, betreffend Pensionszulage für Anna Pierus . 1389
11. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Hoffschneider 1389
12. Derselbe, betreffend Dienstzeiteinrechnung für J. Göbharter 1389
13. Derselbe, betreffend Abfertigung für Anna Pfliger . . . 1389
14. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend Bestellung einer barmherzigen Schwester für das VIII. städtische Waisenhaus . . . 1389
15. Derselbe, betreffend Monatslohn-Erhöhung für S. Schönhär 1390
16. Gem.-Rath Mayer, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an A. Holzer 1390

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 25. Mai 1894 1390

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen in Wien 1392
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim 1392
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing 1392
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 27. Mai bis 2. Juni 1894 1393
Pferdemarkt vom 1. Juni 1894 1393
Schlachtviehmarkt vom 4. Juni 1894 1393
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 2. Juni 1894 1394
Städtisches Lagerhaus 1394
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Hutmacher 1394
Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates 1394
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 31. Mai bis 4. Juni 1894 . . . 1394
Gewerbeanmeldungen 1395
Kundmachungen.

Beilagen:
Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates ꝛc. (V.)
Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro April 1894.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.